

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1991 bis 1999 Band 6

Der Werteverfall in der "vereinten" Bundesrepublik Deutschland

Band 6/106: 31.01.1994 – 31.05.1994

Januar 1994

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Januar 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1994 (x853/...): >>Der Todesschlaf Europas

"Europa" ist - ohne große Überlegung - positiv besetzt. Wer ist nicht dafür? Dagegen zu sein, erscheint "unmöglich". Aber was ist Europa, woher kommt es? Was ist aus ihm geworden? Was kann, was sollte es (wieder) sein oder werden?

Auf solche naheliegenden Fragen bekommt man - wenn überhaupt - die allerunterschiedlichsten Antworten. Offenbar fehlen sowohl geschichtliche Kenntnisse und von geistigen Gehalten genährtes Interesse und Erinnern wie auch konzeptionelle Vorstellungen und Bewertungsmaßstäbe. Schön frei reisen und "multikulturell" herumschnuppern und abschmecken, scheint doch ziemlich oberflächlich.

Nachdem der Kriegstreiber Roosevelt und der imperialistische Churchill sich Stalin zum Bundesgenossen nahmen, erlaubten sie ihm, sein kolossales Zwangs- und Blut-Imperium bis ins Herz Deutschlands und Europas auszudehnen, mit den hohlen Phrasen der Atlantik-Charta und der heuchlerischen Kreuzzugs-Propaganda im Rücken. Teheran, Jalta, Potsdam waren Verrat an Europa.

Der "kalte Krieg" bescherte, begünstigt durch die Interessen der Großen, befördert durch das Interesse der ehemaligen Komplizen am Niederhalten von Wahrheit, Recht und geistigem Abwehrwillen, jenen Todesschlaf Europas, der noch anhält und der in so makabrem Gegensatz steht zu den völlig geschichtsvergessen "Europa" genießenden Touristen.

Seit der 68er Kulturrevolution hat sich insbesondere die Jugend für den "Osten" - wozu für sie auch der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands zählte - kaum interessiert - viel mehr für Rot-Vietnam, Rot-China, Persien, Guatemala, Chile, Südafrika. Auch für viele katholische Abendländer schlug das Herz im "Westen". Die später einsetzende würdelose, rechtsenthobene, Deutschland, Europa und die Völker Mittel- und Osteuropas verratende, konspirative Methoden (Wehner, Bahr, Brandt) nicht scheuende Verzichts- und sog. Entspannungspolitik tat ein übriges.

"Todesschlaf" kennzeichnet den Zustand. Man könnte auch sagen: geistige Absenz (Abwesenheit) mit gebrochenem Rückgrat (das meint u.a. den anerkannten Bruch und dann den Verzicht auf das Natur- und Völkerrecht als des Fundaments Europas).

Auch ideologische Vergiftung wäre eine treffende Charakterisierung, hatte sie doch jene geistig-ethische Lähmung zur Folge, für die grenzenloser Pragmatismus (z.B. in den makabren Ost-Verträgen, auch noch im Einigungsvertrag), ein abwärts vorauseilender Gehorsam gegenüber dem Zeitgeist, sowie eine Pervertierung von Recht und Sitte zur totalen Libertinage (Gottlosigkeit) unter dem Flitterkleidchen der "Selbstverwirklichung" kennzeichnend sind. Ein mit wirren, illusionär-utopischen oder niedrigrangigen Wunsch-Träumen parasitär durch-

wirkter und gefährlicher Schlaf zum Tode.

Prof. Dr. Dr. Ivo Höllhuber (Innsbruck) schreibt:

"Wir haben in diesem Werke ("Der Todesschlaf Europas") und auch anderen Ortes darauf hingewiesen, daß Europa letzten Endes eine reale Idee ist und nicht erst durch den Zusammenschluß fragwürdiger Staatsverträge errichtet werden muß, sondern bereits besteht und solange, jedoch nur solange fortbestehen wird, als die Grundlage seiner Einheit, die sich auf durch demokratische Mehrheitsbeschlüsse nicht abänderbare Prinzipien objektiven Normencharakters stützt, weiter voll und bedingungslos anerkannt werden; es wird geographisch somit stets soweit reichen, als es von Völkern besiedelt ist, die diese Prinzipien respektieren wollen und respektieren können. Der Weckruf aus dem weltanschaulichen und sittlichen Schlummer steht an erster Stelle.

... Solange nicht die weltanschauliche und sittliche Rückkehr zu den Grundlagen europäischer Kultur mit der Anerkennung naturrechtlich verwurzelter objektiver Wahrheiten und Werte vollzogen ist, wird Europa der Spielball des jeweiligen weltpolitischen Wellenschlages bleiben und die verzweifelten Anstrengungen einer pharisäischen Kulturpolitik vergeblich erscheinen lassen.

Zum politischen Erwachen ist nötig, die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, frei sowohl von politischem Chauvinismus als auch - und dies gilt vor allem für das deutsche Volk - von nationalem Masochismus, gründlich zu revidieren. Erst mit dem Falle des Dogmas von der Alleinschuld des deutschen zur "Verbrecher-Nation" gestempelten Volkes wird auch die künstliche Sandschicht ins Wanken kommen, auf der man vergeblich versuchte, in einem künstlich geteilten Herzen Europas eine zweifelhafte "Vierte Weltmacht" zu errichten.

Erst nach Erfüllung dieser Voraussetzungen ist die Stunde reif, nach einem ersten Schritt auch einen zweiten Schritt zu setzen, welcher letzterer seine wohl unbestrittene Hauptaufgabe darin sehen wird, die einst unter dem Zepter Karls des Großen vereinten Bruder-Nationen zu einer europäischen Großmacht wiedererstarken zu lassen."

Dieses Zitat ist einem ganz außerordentlichen, neuen Buche unseres Autors und Mitglieds unseres philosophischen Beirates entnommen (S. 577 f.), das wir hier anzeigen und mit Nachdruck der Lektüre empfehlen:

Ivo Höllhuber, Der Todesschlaf Europas, mit einer Einführung von Alfred Schickel, ... Mainz 1993.

Mit den Mitteln quellengestützter Geschichtsdarstellung werden der Wust von Lügen, Entstellungen, Verschweigen und die Akteure und Hintermänner der Entwicklung in Europa aufgedeckt.

Eine Fülle von dokumentierenden Büchern, die man sonst kaum genannt findet, werden herangezogen, zitiert, ausgewertet. Zahlreiche Tabus und Dogmen der Neuzeit und Zeitgeschichte werden gebrochen und aufgelöst. Es beginnt mit dem Völkermord an den Armeniern, von den Türken - im Schutz des 1. Weltkrieges - mit brutaler Grausamkeit begangen.

Dann folgt "Die Verfemung des Volkes der Europäischen Mitte", jene Haß-, Lügen- und Verleumdungskampagne der Westmächte gegen Deutschland, die über Versailles bis zu Potsdam und durch die Verewigung tatsächlicher und angeblicher deutscher Schuld in aller - durch die heutigen Medien potenziertes - Primitivität bis heute fortlebt (z.B. in vielen ordinären, den Deutschenhaß aufstachelnden Hetzfilmen in USA und England). Man lese bei Höllhuber, wie es wirklich war und ist.

Auch das Dogma von der Alleinschuld Deutschlands am 2. Weltkrieg ist nicht - geschichtlich wirklich objektiv betrachtet - zu halten. Höllhuber über einen Mit-Schuldigen: "Der Hochgrad-Freimaurer Franklin Roosevelt ist somit als Vergewaltiger des Gewissens des amerikanischen Volkes und als Totengräber Europas entlarvt." (S. 196)

Auch über Hitler, seine ihn verratenden (Bormann, Himmler) Genossen, den sogenannten

"Holocaust", den "Nürnberger Prozeß - eine tragische Justiz-Komödie", zur Problematik und Korruption in der UNO und dann immer wieder "Europa", werden keine Tabus gescheut. Die zwielichtige Gestalt von Graf Coudenhove-Kalergi, weitblickende Europäer, der ethische und philosophische Todesschlaf ... Dies alles wird innerlich zusammengehalten durch konzeptionelle Klarheit und ethisch-religiöse Tiefenschau.

Einem von dem Un-Sinn des "Monstrums Maastricht" (Johannes Groß) mit Recht aufgeschreckten Europa und endlich teilweise aufgewachten Deutschland, für das die Folgen - wie manche nicht abwegig meinen - ein Super-Versailles bedeuten könnte, ist dieses Ausnahme-Buch mit seinen vielen Augenöffnern eine wahre Medizin. Es gibt wieder Fundament und Richtung und entlarvt leeres, taktisch interessiertes Geschwätz und bloße hohle Rhetorik.

"Europa hat das natürliche menschliche Gewissen und seinen Sinn für "gut" und "böse" unter dem Deckmantel angeblich "tabu"-freier Wissenschaftlichkeit eingeschlafert.

Europa nähert sich in einem Plebejer-Aufstand gegen Erziehung und Bildung und durch den Freibrief für pornographische Vertiefung des Gesellschaftslebens dem sittlichen Nullpunkt.

Deutschland - einst als Volk der Dichter und Denker gepriesen

- huldigt enthemmten Literaten als den Avantgardisten seiner nationalen Literatur.

Im Freiheitswahn, alle Bindungen an göttliche und naturrechtliche Verpflichtungen und Verantwortung losgeworden zu sein, glaubt der moderne Mensch des Westens in seiner technokratischen Verblendung, keines Gottes mehr zu bedürfen und tun und lassen zu können, was immer ihm beliebt.

Man stellt sich die Frage, wie es zu dieser Entwicklung kommen konnte." (S. 511)

Und Höllhuber gibt auch konkrete Antworten, indem er z.B. die Entwicklung in Ethik und Philosophie exemplarisch benennt. Auch die Position der Kirche, insbesondere durch Pius XII. in Prinzipienklarheit in schwerster Zeit vorgetragen, wird zur Sprache gebracht.

Das geschichtlich bis in die Zeit nach der "Wende" verfolgte Buch läßt gar keine Zweifel aufkommen:

"In dieser Wende-Zeit, in der wir leben und die wir zu einer Hoch-Zeit gestalten sollten, gewinnen die 1799 geschriebenen Worte eines "konservativen Revolutionärs", als welcher Novalis gelten kann, besondere Bedeutung:

"Wer weiß, ob des Kriegs genug ist, aber er wird nie aufhören, wenn man nicht den Palmenzweig ergreift, den allein eine geistliche Macht darreichen kann ... Nur die Religion kann Europa wieder aufwecken und die Völker sichern und die Christenheit mit neuer Herrlichkeit sichtbar auf Erden in ihr altes, friedensstiftendes Amt installieren."

Doch laufen - und dies darf nicht übersehen werden - die prinzipiellen Ja-Sager zu einem christlichen Europa in den jüngsten Jahrzehnten oft Gefahr, einem "christlichen Marxismus" auf den Leim zu gehen, ohne sich der grundsätzlichen Unvereinbarkeit von Christentum und Marxismus bewußt zu werden." (S. 573)

Es käme noch hinzu die prinzipielle Unvereinbarkeit mit dem weltanschaulich ideologischen Liberalismus/Relativismus, wie dies auch die Enzyklika veritatis splendor (Glanz der Wahrheit) darlegt, damit Hirne und Herzen wieder frei werden, Entgiftung statthat, die Gelähmten wieder gehen, die Falschredner nicht mehr "ankommen", den Falschmünzern ihre grotesken Betrugsmedaillen aus der Hand geschlagen und den frechen Volksverdummern Entlarvung geschieht. Der Todesschlaf hält an. "Götzendämmerung ohne Einsicht und Erneuerung" nach wie vor. Einzelne sind auf der Wacht. Aber Europa liegt noch - auch in Brüssel - im Todesschlaf.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1994 berichtet im Januar 1994 über das Buch "Stella" des US-Journalisten Peter Wyden (1923-1998) (x853/...): >>**Nebeneinander von Bosheit und Güte**

... Peter Wyden, früher Weidenreich, schrieb ein ungemein fesselndes Buch über seine ehema-

lige Klassenkameradin Stella Goldschlag, das durch seine Ehrlichkeit besticht. Stella ist Jüdin, obwohl sie "arisch" aussieht. Sie war so attraktiv, daß sie alle Jungen ihrer Schule in ihren Bann zog: "Sie war die Marilyn Monroe unserer Schule." Zugleich war sie intelligent und vielseitig begabt. Aber sie haßte es, Jüdin zu sein, und trug, für Juden ganz ungewöhnlich, ein goldenes Kreuz an ihrem Hals. Wie nicht wenige Juden, um nur Karl Marx zu nennen, wurde sie Antisemitin.

Stella genoß in der Weimarer Zeit die Annehmlichkeiten eines verwöhnten Einzelkindes. Mit der Machtergreifung der Nazis wurde das Leben für Juden mehr und mehr erschwert, bis es zum Pogrom vom 9. November 1938 und schließlich zur gezielten Massenvernichtung kam. Aber in den ersten Jahren der braunen Herrschaft war dies noch so wenig vorhersehbar, daß die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Juden sich der Hoffnung hingab, mit den Nazis sei ein modus vivendi (eine erträgliche Form des Zusammenlebens) möglich.

So kam es zu einer Zeit, da es nicht nur möglich, sondern seitens des Regimes durchaus erwünscht war, daß möglichst viele Juden Deutschland verließen, zwischen 1934-37 im Durchschnitt nur zu 20-25.000 Auswanderungen pro Jahr. Nur 27.000 Juden machten von den 130.000 Genehmigungen Gebrauch, in die USA auszuwandern. So versäumten es auch die Eltern Stellas, sich rechtzeitig um die Ausreise zu Verwandten in den Vereinigten Staaten zu bemühen. Als sich Stellas Vater schließlich doch zur Ausreise entschloß, war es zu spät.

- Im Juli 1938 fand in Evian die von Präsident Roosevelt einberufene internationale Konferenz zur Lösung der Flüchtlingsfrage statt. Obwohl die Lage der Juden inzwischen immer prekärer wurde, gaben die Delegierten lediglich wohltonende Phrasen von sich. Kein einziges der 32 vertretenen Länder war bereit, Juden aufzunehmen.

Spätestens seit diesem Zeitpunkt wußten die Nazis, daß es dem Ausland völlig gleichgültig war, wie sie mit ihren Juden verfahren. Churchill erklärte dem Danziger Gauleiter Forster in einem Gespräch im Juli 38, die antijüdischen Gesetze seien kein Hindernis für die deutsch-britische Verständigung. Die "humanitäre" Schweiz und England drangen bei der Reichsregierung darauf, dem Strom jüdischer Flüchtlinge in ihre Länder vorzubeugen.

Und es war kein perverser SS-Mann, sondern der Chef der Eidgenössischen Polizei, der den Vorschlag machte, die Ausweise der Juden durch ein großes rotes "J" zu kennzeichnen. Eine Denkschrift der französischen Regierung vom Oktober 1938 betonte, kein Staat "streite der deutschen Regierung das uneingeschränkte Recht ab, gegen bestimmte Staatsangehörige Maßnahmen zu ergreifen, die allein unter die Ausübung ihrer Souveränität fallen."

Präsident Roosevelt beschränkte schließlich die Zahl der jüdischen Immigranten derart drastisch, daß nur Prominente eine Chance hatten, in das gelobte Land der Freiheit zu kommen. Der Senat entrüstete sich über die "Verletzung der Einwanderungsbestimmungen."

- Ein Seitenblick auf die Gegenwart läßt diese Haltung in besonders grellem Licht erscheinen. Während das überbevölkerte Deutschland, in dem 223 Menschen auf einem qkm leben, über 6 Millionen Ausländer, Flüchtlinge und Asylanten aufgenommen hat, protestierte der Senat der Vereinigten Staaten gegen 1.000 jüdische Flüchtlinge, obwohl das Land überaus dünn besiedelt war.

Laut Großem Brockhaus lebten 1930 ganze 16 Menschen in den USA auf einem qkm. Die Roosevelt-Administration war allerdings bereit, ihre "Erschütterung" über das Los der deutschen Juden auszudrücken - so wie man heutzutage in "Betroffenheit" macht - jedoch nicht ihre Grenzen für jüdische Flüchtlinge zu öffnen oder später im Krieg die Vernichtungsstätten der Nazis zu bombardieren.

Im Oktober 1939 heiratete die neunzehnjährige Stella einen Gleichaltrigen, der gleich ihr blond und blauäugig war und seine jüdische Identität ebenfalls ablehnte. Beide wurden jetzt als jüdische "Rüstungsjuden" zur Fabrikarbeit eingezogen. Im Lauf der kommenden Monate verschärften sich die Maßnahmen gegen die Juden und ab Oktober 41 rollten die ersten Züge

mit Deportierten Richtung Osten. Die Gestapo hatte jüdische "Ordner" rekrutiert, die ihr beim Zusammentreiben der Juden helfen mußten. Wer sich weigerte oder Juden zur Flucht verhalf, wurde erschossen. Einige jüdische Funktionäre verweigerten die Mitwirkung zur Selbstvernichtung und begingen Selbstmord. Aber nicht wenige waren in die Verbrechen der Nazis verstrickt, um ihre eigene Haut zu retten.

Der jüdische Überlebende von Theresienstadt, H. G. Adler, schreibt in seiner Monographie "Theresienstadt": "Die Gemeinschaft der Juden war nicht schlimmer, aber auch nicht besser als (die) der sie umgebenden Welt." (S. 738)

Nach dem Krieg fragte man Überlebende der Shoah: "Wie konntet ihr euch dazu hergeben?" Selbst der berühmte Oberrabbiner Leo Baeck, das geistige Oberhaupt der deutschen Juden, hat sich bei der Deportation von der Gestapo einspannen lassen. Er erklärte nach der Befreiung: "Ich stellte mich auf den Standpunkt, daß es besser wäre, wenn sie (die jüdischen Funktionäre) es täten, weil sie zumindest freundlicher und hilfsbereiter sein würden als die Gestapo und die Schicksalsprüfung erleichtern würden. Es stand kaum in unserer Macht, uns den Befehlen erfolgreich zu widersetzen."

Die Tragödie dieses auch im Ausland hochgeschätzten jüdischen Gelehrten macht deutlich, wie unentrinnbar die Menschen der Diktatur der damaligen Machthaber ausgeliefert waren. Wenn von "den Deutschen" heroischer Widerstand gegen die Nazis gefordert wird, hätte man dies gewiß in erster Linie von denen erwarten dürfen, für die ohnehin der Tod vorgesehen war.

- Eines Tages wurde Stella verhaftet. Die Gestapo vermutete, daß sie das Versteck eines von ihr gesuchten Juden kenne, der zahlreiche Pässe und Personalausweise so gekonnt gefälscht hatte, daß er mit ihnen zahlreichen Juden das Entkommen ermöglichte. Stella wurde wochenlang auf das schwerste gefoltert. Schließlich gelang es der Gestapo, sie mit dem Versprechen "umzudrehen", sie selbst wie auch ihre Eltern würden von der Deportation ausgenommen, wenn sie sich bereit erkläre, versteckte Juden aufzuspüren.

Natürlich ist das Verhalten Stellas nicht zu billigen. Sie hat zahlreiche Juden ans Messer geliefert. Immerhin hat sie mildernde Umstände, denn wer der Gestapo in die Hände fiel und ihren "verschärften Verhören" unterworfen wurde, mußte schon weit übermenschliche Seelenstärke besitzen, wenn er nicht zu nahezu allem bereit war, um den fürchterlichen Torturen zu entgehen.

Schon der berühmte Hexenanwalt, Friedrich v. Spee, der die gefolterten "Hexen" zum Scheiterhaufen begleitete, gestand, er würde alles gestehen, um nur der Folter zu entgehen. Manche Scharfrichter hätten sich gerühmt "daß noch jeder Angeklagte unter seinen Händen schließlich habe reden müssen."

Aus den Prozessen gegen KZ-Schergen wird uns dasselbe berichtet. General v. Tresckow, einer der herausragenden Verschwörer des 20. Juli 1944, setzte nach dem Mißlingen des Attentats auf Hitler seinem Leben ein Ende, weil er befürchtete, unter der Folter Kameraden zu verraten. Der österreichische Außenminister Alois Mock sagte bei der Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des "Anschlusses":

"Nur wer weiß, wie es sich in Diktaturen lebt, hat ein Recht, heute selbstgerecht Schuld zuzuweisen, wo etwas mehr Demut am Platz wäre."

- Stella wurde in den kommenden Monaten eine der erfolgreichsten "Greiferinnen". Bald war sie in Berlin mehr gefürchtet und verhaßt als die Gestapo, zumal sie viele Juden persönlich kannte und auch um ihre Gewohnheiten und Verstecke wußte. Dennoch konnte sie letzten Endes ihre Eltern nicht vor der Deportation bewahren, sondern nur ihr eigenes Leben retten. Nach dem Krieg mußte sie schwer büßen. Ein russisches Gericht verurteilte sie zu 10 Jahren Zwangsarbeit. Nach der Entlassung kam sie vor ein deutsches Gericht, das nochmals 10 Jahre Haft verhängte, die dann aber durch die zehnjährige Zwangsarbeit als verbüßt galten. An ih-

rem Schicksal wird aber wieder einmal exemplarisch deutlich, daß man die Kleinen hängt, die Großen aber laufen läßt oder doch mit Samthandschuhen anfaßt.

- 1949 mußte sich der ehemalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt unter Hitler, Ernst v. Weizsäcker, im Wilhelmstraßen-Prozeß verantworten. Der berühmte Eichmann, "Beauftragter für die Endlösung", fragte an, ob Bedenken gegen die Deportation von Juden aus Frankreich nach Auschwitz bestünden. Staatssekretär v. Weizsäcker gab grünes Licht und erhob keinen Einspruch. Dabei hätte er dies ohne jegliche Gefährdung der eigenen Person tun können.

Der amerikanische Hauptankläger beantragte die Todesstrafe. Von Weizsäcker wurde am 14. April 1949 zu lediglich 7 Jahren verurteilt - nach damaliger Rechtsprechung ein ungewöhnlich mildes Urteil. Im Dezember des gleichen Jahres wurde die Strafe auf 5 Jahre reduziert, wobei die Verurteilung wegen "Verbrechens gegen die Menschlichkeit" ausdrücklich bestätigt wurde (Mitwirkung an Judendeportationen). Bereits am 16. Oktober 1950 wurde er aufgrund eines "Gnadenaktes" aus dem Zuchthaus entlassen.

Wydens Buch liefert einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der Juden in der Zeit der Weimarer Republik und unter dem Terrorregime der Nazis. Es wird deutlich, daß die Gleichung: hier gute Juden, dort böse Nichtjuden nicht aufgeht. Ein Überlebender, der bis zum Ende eingesperrt war, erinnerte sich an Stella: "Sie ist eine tragische Figur. Sie dürfen nicht vergessen, in welcher Lage sie sich befand. Sie lebte auf Messers Schneide! Sie und ich würden genau dasselbe getan haben."

- Glücklicherweise gab es in der damaligen Zeit nicht wenige unbekannte Helden, die trotz persönlicher Gefährdung verfolgten Juden geholfen haben. Gerhard Löwenthal berichtet hierüber in seinem Buch "Ich bin geblieben".

Auch der einst so beliebte Hans Rosenthal erinnert sich in Dankbarkeit in "Zwei Leben in Deutschland" der Menschen, die mit ihm weder verwandt noch auch nur gute Bekannte, die einfach "gute und gerechte Menschen" waren.

Am intensivsten befaßte sich mit den Geschehnissen jener Zeit der jüdische Historiker und Theologe Pinchas E. Lapide in seinem Werk "Rom und die Juden". In einem Interview mit der "Welt" erklärte er am 25.3.86:

"Als Mitleid ein Verbrechen in Deutschland war und der Nächstenhaft zum Staatsgesetz erhoben wurde, gab es Tausende von Deutschen, die ihr Leben riskierten, um Juden zu retten. Wir waren Zeugen eines unglaublichen Nebeneinanders von teuflischer Bosheit und unglaublicher Güte.

Es ist an der Zeit, auch diese Helden endlich zu Wort kommen zu lassen, die das liefern können, was jede Jugend in allen Ländern und zu allen Zeiten will: Vorbilder zur Nachahmung und Leitbilder für eine bessere Zukunft."<<

25.02.1994

BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 25. Februar 1994 über die bisher einzige gelungene Volksinitiative im Land Niedersachsen (x303/236): >>... Die erste Volksinitiative Niedersachsens ist erfolgreich.

Die Initiative für einen Gottesbezug in der Landesverfassung hat mehr als die gesetzlich erforderlichen 70.000 Unterschriften erhalten.

Die Initiative will die Verantwortung vor Gott und den Menschen als letzte Richtschnur und Bindung für alles staatliche Handeln in der Verfassungspräambel festschreiben.<<

31.03.1994

Belgien: Ungarn beantragt am 31. März 1994 den Beitritt zur Europäischen Union.

05.04.1994

Belgien: Polen beantragt am 5. April 1994 den Beitritt zur Europäischen Union.

23.04.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. April 1994 über den Abchied des BdV-Präsidenten Herbert Czaja (1914-1997): >>Die Ostgrenzen will er nicht akzeptieren

... Dem Bund der Vertriebenen (BdV) steht ein Richtungswechsel bevor. Nach 24jähriger Amtszeit als Präsident des Verbandes stellt sich Herbert Czaja, der sich stets rigoros gegen die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen ausgesprochen hat, heute bei der Bundesversammlung der Vertriebenen in Berlin nicht wieder zur Wahl. ...

... "Um Ungewißheiten der Zukunft des Verbandes entgegenzuwirken, habe ich bei der Wahl 1992 das Schiff noch nicht verlassen", sagte der Präsident rückblickend. Er habe befürchtet, daß sich der BdV zu einer "kulturellen Traditionsvereinigung" verändere und in der Deutschland- und Ostpolitik künftig keine eigenen Akzente mehr setze. Czaja, der immer eine fundamentalistische Politik betrieben hatte, akzeptierte es nicht, daß sich in den eigenen Reihen ein Lager bildete, das gewillt war, die politischen Realitäten anzuerkennen und von dieser Basis aus in die Zukunft zu schauen.

Von den Verträgen, die geschlossen worden sind, will der 79jährige am liebsten nichts hören. "Der Grenzbestätigungsvertrag, der Nachbarschaftsvertrag mit Polen und der Zwei-plus-Vier-Vertrag sind staats- und völkerrechtlich nicht verbindlich." ... Der gebürtige Oberschlesier, der seit 1946 in Baden-Württemberg lebt und von 1953 bis 1990 dem Bundestag angehört hat, hält strikt an seinen Überzeugungen fest. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hält er "nicht für den Schlußpunkt der deutschen Geschichte".

Die Frage der Ostprovinzen sei durch die Einheit Deutschlands noch nicht geklärt. ... In der Grenzfrage, die seiner Meinung nach wie vor ungeklärt ist, setzt Czaja auf die Zeit. "Man kann der Geschichte nicht vorgreifen, aber es muß nicht immer so bleiben, daß dieses Land das kleinste Deutschland seit 1.000 Jahren bleibt. ..."

Die deutsche Einheit und die damit verbundenen Verträge haben unter den Vertriebenen für eine Auseinandersetzung über die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen gesorgt. Zugleich haben sie dem BdV einen gewissen Aufwind gegeben. Während in den alten Bundesländern die Mitgliederzahlen seit Jahren stagnieren, nahm der Verband um 200.000 Mitglieder aus den neuen Bundesländern zu, davon allein 100.000 aus Thüringen, wie BdV-Sprecher Walter Stratmann mitteilt. Er sorgt sich deshalb nicht, daß der BdV als Interessenvertreter der Vertriebenen eines Tages seine Funktion und Daseinsberechtigung verlieren könnte.

"Das Thema Vertreibung wurde 40 Jahre lang in der DDR totgeschwiegen, deshalb ist der Nachholbedarf bei vielen Betroffenen und Enkeln groß, sich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen." Interessiert seien, berichtet Stratmann, besonders junge Menschen, die auf der Suche nach den eigenen Wurzeln die neue politische Situation in den östlichen Nachbarstaaten nutzten, um die Heimat ihrer Eltern und Großeltern etwa in Schlesien oder Pommern zu besuchen.

... Der Verband, der sich nicht nur um die Vertriebenen und Aussiedler im Lande kümmert, will sich auch für Minderheitenrechte der Volksdeutschen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten stark machen. ... "Vordringlich ist es zur Zeit, den Minderheiten zu helfen - aber die Grenzfrage", betont Stratmann, "ist nach wie vor nicht vom Tisch."<<

27.05.1994

Ungarn: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 27. Mai 1994: >>**In Ungarn und anderen Ländern Osteuropas kehren die Sozialisten an die Macht zurück: Die Bürger träumen von einem "Kapitalismus mit menschlichem Antlitz"**

Die Wende der Wende

In Ungarn ist der Stalinismus lebendig." Als der Budapester Zeitungsverkäufer István G. den Kommentar des ehemaligen italienischen Präsidenten Francesco Cossiga zur ersten Runde der

ungarischen Parlamentswahlen las, war er nicht einmal empört. Er lachte nur verächtlich. Was versteht der Westen Europas schon von seiner östlichen Mitte? Die einen vermuten überall wildwuchernden Nationalismus mit kleinen Schirinowskijs; die anderen fürchten eine Wiederkehr der kommunistischen Diktatur. Dabei ist das eine so falsch wie das andere.

In den Visegrad-Staaten, zu denen neben Polen, Ungarn und der Slowakei trotz aller Distanzierungen ihres Ministerpräsidenten Václav Klaus auch die Tschechische Republik zählt, ist augenblicklich weder ein starker Rechts- noch Linksextremismus erkennbar. Vielmehr findet eine Wende von der rechten zur linken Mitte statt.

In Polen sitzt die Sozialdemokratie (die gewendete kommunistische Partei) bereits in der Regierung; in Ungarn siegten die postkommunistischen Sozialisten mit starker Überlegenheit in den Parlamentswahlen, und in der Slowakei zog die KP-Nachfolgeorganisation "Demokratische Linke" bei Meinungsumfragen fast mit der Partei des gestürzten Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar gleich: Vor fünf Jahren wäre dies eine unvorstellbare und moralisch äußerst anrühige Entwicklung gewesen.

Damals war der Protest zwangsläufig von liberalen und konservativ-nationalen Forderungen getragen, richtete er sich doch gegen eine Diktatur unter linkem Vorzeichen. Freiheit galt mehr als Gleichheit. Und die Sehnsucht nach Freiheit belebte den Nationalismus.

"Menschen, die ihre Nation befreien wollen, möchten bei sich sein", sagt der Philosoph Leszek Kolakowski, und "die verzweifelte Suche der nachkommunistischen Welt nach nationaler Identität ist ein Zeugnis dieses Bedürfnisses." Überall in Osteuropa wurden gewaltsam ausgegrenzte Traditionen wieder aufgenommen und diskreditierte Nationalhelden rehabilitiert. Verschmähte Wahrzeichen und Symbole kehrten an ihre historischen Orte zurück – nicht selten zum Befremden des Auslands.

Denn bei der Wiederbelebung von Vorkriegstraditionen verschwamm so manches Mal die Grenze zu ihren extremen – revanchistischen, antisemitischen, autoritären – Bestandteilen. Der Westen Europas blickte irritiert auf seinen Osten und malte sich Schreckensbilder von Chauvinismus, Aggressionen, Grenzrevisionen und Krieg aus.

Doch die Furcht, im Osten Mitteleuropas könnte sich das Drama Jugoslawiens wiederholen, erwies sich als unbegründet. Die Slowaken trennten sich auf zivilisierte Weise von den Tschechen; Revisionsansprüche einiger Ungarn auf Siebenbürgen, die Südslowakei und Teile der Vojvodina wurden nie Bestandteil der offiziellen Außenpolitik; und die Konflikte mit den jeweiligen Minderheiten, manchmal aus innenpolitischen Gründen hochgespielt, entschärften sich im Laufe der Zeit von selbst.

Für István Csurka, den geifernden Antisemiten, stimmten bei den ungarischen Wahlen nur anderthalb Prozent der Wähler. Auf slowakischer Seite hat die neue Regierung unter Ministerpräsident Josef Moravčík den Dialog mit der ungarischen Minderheit wieder aufgenommen.

Andernorts, in Polen, gestaltet sich das Verhältnis zur deutschen Minderheit seit Jahren weitgehend störungsfrei. Nur in der Tschechischen Republik sorgen die Forderungen der Sudetendeutschen nach Aufhebung der Vertreibungsdekrete und Rückgabe ihres Eigentums noch für Empörung und Ablehnung.

Doch die Wellen der Aufregung dürften sich hier wie andernorts wieder legen. Nationalistische Rhetorik steht nicht mehr hoch im Kurs (und sei sie antikommunistisch), gefragt sind Pragmatismus und Effizienz (und kämen sie von den Postkommunisten). Die sich einst nach "Brot und Freiheit" sehnten, verlangen jetzt nach "Brot und Arbeit".

Im Kommunismus strahlten die Verheißungen des westlichen Kapitalismus so stark, daß sie die Demokratie zu einer Vision ohne Schatten verklärten. "Wunderschön – aber eine Illusion", bekannte eine Leserin der polnischen Tageszeitung "Gazeta Wyborcza", um dann sich und den Lesern Mut zuzusprechen: "Wenn wir langsam die Illusionen ablegen, müssen wir nicht

bitter werden – obwohl gerade das manchen als Erwachsenwerden gilt."

Doch viele sind im Zuge der Desillusionierung bitter geworden. Sinkender Lebensstandard, Arbeitslosigkeit und der Verlust der Privilegien von Ferienplätzen bis zu Rentenzuschlägen stehen in scharfem Kontrast zu wachsendem, oft undurchsichtig angehäuften Reichtum. Als Quintessenz der neuen Zeit setzte sich in den Köpfen fest: Die Reichen werden noch reicher und die Armen noch ärmer. Der Ruf nach einem ausgleichenden, intervenierenden Staat wurde wieder lauter. Hatte in Polen 1988 nur gut die Hälfte eine staatliche Sicherung der Vollbeschäftigung gefordert, so waren es 1992 schon wieder drei Viertel.

Ironischerweise befriedigt ausgerechnet der als Thatcherist verschriene Václav Klaus immer noch das Bedürfnis des Durchschnittsbürgers nach sozialer Sicherheit. Zwar hielt er die Löhne niedrig – aber die Arbeitslosigkeit und die Mieten auch, und durch Subventionen zögerte er den Bankrott von Staatsbetrieben hinaus. Im Ergebnis sind weit über die Hälfte der Tschechen mit der neuen Zeit zufrieden, in Polen jedoch nur 34, in Ungarn gar nur 18 Prozent der Bürger.

In Polen und Ungarn hat deshalb die Linke schon vier Jahre nach dem Ende der Linken wieder eine Chance bekommen. Nicht weil sich die Wähler nach der Rückkehr des Kommunismus, sondern weil sie sich nach einer sozialeren Marktwirtschaft, nach einem "Kapitalismus mit menschlichem Antlitz" sehnen.

Erleichtert wurde das Comeback der Postkommunisten durch ihre "revisionistische" Vergangenheit: Die ungarische und polnische KP waren weit weniger diskreditiert als ihre "Bruderparteien" in der Tschechoslowakei und der DDR. Sie hatten größere Distanz zu Moskau gehalten, schon Jahre vor dem Zusammenbruch die Wirtschaft liberalisiert, die politische Repression gelockert, und sie hatten – was ihre Gegner nie zu hoffen wagten – 1989 die Zeichen der Zeit verstanden und die Macht freiwillig abgegeben.

Dennoch blieben sie zunächst überall geächtet von den Wählern. In Polen wollen Post-Solidarność-Parteien bis heute nicht mit ihnen koalieren. In Ungarn hingegen scheint nun auch diese Barriere überwunden. Ehemals Verfolgte des Regimes im Bund Freier Demokraten halten eine gemeinsame Regierung mit ehemaligen Repräsentanten des Regimes für denkbar. Haben sich die Postkommunisten also tatsächlich gewendet?

"Die schlechten Gewohnheiten kehren zurück, die Leute des alten Systems kehren zurück. Aber das kommunistische System kehrt nicht zurück", beruhigt der polnische Publizist Adam Michnik sich und andere.

Gyula Horn, Parteivorsitzender der ungarischen Sozialisten, relativiert sogar dies. Die sozialistischen Parteimitglieder, wiederholte er im Wahlkampf immer wieder, seien zu jung, um Schuld auf sich geladen zu haben. Dabei stammt Horn selbst genauso aus der alten Nomenklatura wie Sándor Nagy, der langjährige Gewerkschaftsvorsitzende, die Nummer zwei auf der ungarischen Wahlliste.

Tatsächlich bestehen in den postkommunistischen Parteien äußerst unterschiedliche Flügel nebeneinander. Neben den "Europäern" oder Sozialdemokraten im westlichen Sinn, zu denen die ungarischen und polnischen Parteivorsitzenden Gyula Horn und Aleksander Kwasniewski zählen, finden sich frischgebackene Kapitalisten aus der früheren Nomenklatura, alte Apparatschiks und in der Regel konservative Gewerkschaftsfunktionäre: Eine Mischung, die Widersprüche hervorbringen muß.

Als Regierungspartei kann die postkommunistische Linke nicht so sozial sein, wie sie sich als Oppositionspartei gab. In Polen hat sich die sozialistische Gewerkschaft OPZZ aus Loyalität zur Regierung bei den jüngsten Streiks noch zurückgehalten. Aber lange kann sie Solidarnosc, die die Linke gerade von links überholt, das Feld nicht überlassen. Dann muß auch sie Arbeiterinteressen entschiedener gegen den Finanz- oder Wirtschaftsminister verteidigen, selbst wenn er aus dem linken Lager stammt.

Schon gibt es besorgte Spekulationen. Wohin schlägt das Pendel nach der Enttäuschung über die Sozialisten? Werden als Alternative wieder die hoffentlich klüger gewordenen Liberalen und Konservativen geschätzt, oder kommt dann die so oft beschworene Stunde der Populisten von links oder von rechts? Werden sich die Menschen weiter ins Private zurückziehen oder ihren Unmut auf die Straßen tragen?

In Polen, seit acht Monaten unter postkommunistischer Regierung, wird für die Kommunalwahlen im Juni eine äußerst niedrige Wahlbeteiligung prognostiziert. Enthaltensamkeit, meinen Zyniker, sei einem Fanatismus immer noch vorzuziehen. Besser der Bürger sei vergrämt als verführt.<<

30.05.1994

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (22/1994) berichtet am 30. Mai 1994 über den deutschen Historiker Ernst Nolte (1923-2016) und die "Relativierung der Vergangenheit":

>>**Der doppelte Außenseiter**

Daß die Leute an ihm nur das Negative wahrnehmen, bekümmert Ernst Nolte durchaus. So aufrecht, korrekt und scheinbar bieder präsentiert sich der 71jährige Professor in seinem ordentlichen Ferienhaus bei Lübeck, Mund und Blicke schmal und gerade, wie am Lineal gerichtet, die Hände disziplinierend zwischen die Beine geklemmt, daß man leicht dazu verführt werden könnte, diesen Kummer zu überschätzen.

Der hält sich aber in Grenzen. Denn wichtiger als ein positives Echo ist dem Historiker Beachtung schlechthin. Mag dieser Mann auch auf irreführende Weise so aussehen wie der stille Gelehrte, der er jetzt, nach seiner Emeritierung, sein könnte - das ist aus Gewohnheit gewachsene Tarnung.

Ernst Nolte ist ein eifernder Kämpfer. Effektgierige Blicke und eine aggressive Attitüde triumphierender Bescheidenheit zeigen ihn schnell als einen Mann, der ein Heldenleben führt an der historischen Front.

Tatsächlich hat sich Ernst Nolte, je älter er wurde, desto stürmischer, einen Namen gemacht als Zeithistoriker, der offenbar von dem provozierenden Drang getrieben wird, Adolf Hitler und den Nationalsozialismus "verstehbar" zu machen in ihrer verkannten "Größe" und "Tragik" und in ihrer historischen Berechtigung als präventive Reaktion auf Stalins "asiatischen" Bolschewismus. Auschwitz mag "schlimmer" gewesen sein, der Gulag aber war "ursprünglicher". Ein "kausaler Nexus" lasse sich "schlechterdings nicht bestreiten".

Polemisch zugespitzte Thesen dieser Art, an denen sich 1986 der Historikerstreit um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung entzündete, produziert der rüstige Ruheständler inzwischen mit einem eitlen Kalkül, das sich öffentlicher Empörung traumwandlerisch sicher weiß.

Die Aufregung, die seine Beiträge auslösen, erlebt der Professor als "adäquat". Ihn verwundert es kaum, daß die Resonanz immer rabiater ausfällt. Mögen Gegner seinen Wagen anzünden, mögen "Gruppen selbsternannter Antifaschisten" ihn mit Reizgas besprühen und an Vorträgen hindern; mag ihn sogar, nach einem Fernsehauftritt von monströser Gefühllosigkeit, sein eigener Sohn protestierend anrufen - Ernst Noltens dogmatischer Panzer ist robust.

Der Haß der Gegner "erreicht mich innerlich nicht". Das Erschrecken der anderen "berührt mich nicht". Den Vorwurf der "Herzlosigkeit" empfindet er als terminologisch verfehlt: "Herzlosigkeit ist kennzeichnend für den wissenschaftlichen Diskurs." Begegnet er "diesem ergriffenen Tremolo" in deutschen Stimmen nicht immer nur bei der Erwähnung von Auschwitz? Was ist mit den Opfern Stalins? "Herz-Einseitigkeit" macht er bei denen aus, die ihm "Herzlosigkeit" vorwerfen.

Dagegen begehrt er auf - eisig. Ernst Nolte, "ein denkender Historiker", hat eine Sendung zu erfüllen. Er kann die Wahrheit nur als Ganzes sehen, muß Zusammenhänge ausweisen, Vergleiche vornehmen, heikle Themen behandeln. Könnte denn, wer sich mit diesem Anspruch

der deutschen Vergangenheit zuwendet, dem öffentlichen Streit ausweichen, selbst wenn er wollte?

Ernst Nolte fragt das so unneugierig, als wolle er bloß seinem inneren Computer eine Vorzeige-Antwort entlocken: "Notwendigerweise nein", kommt denn auch prompt die Antwort. Monoton variiert er: "Ich sage, der Streit ist unvermeidlich."

Unbewegt sitzt Ernst Nolte da, ein grimmer Greis. Anders als in absichtsvoll ausgewählten Gruppen, wie etwa unlängst bei Erich Böhmes "Talk im Turm" in Sat 1, wo er - wie er genau weiß - im Gespräch über "Schindlers Liste" isoliert werden sollte, empfindet Ernst Nolte in Zweiergesprächen keine Feindseligkeit.

Er doziert. Schnell verfällt er dem Sog seiner eigenen, in sich geschlossenen Redeweise, die Einspruch nicht ermutigt und Emotionen eintrocknet. Ein intelligenter Mann, kenntnisreich und gebildet. Kritische Zuhörer müssen schon viel Beherrschung aufbringen, um nicht unwillkürlich auch noch zu nicken zu seinen geschichtsphilosophischen Verstiegheiten, die zwingend klingen in ihrer abstrakten Logik. Doch sind die Sätze zwanghaft von Wirklichkeits- und Gefühlsresten gesäubert. Klinische Semantik.

Und dennoch - die Anstrengung wird spürbar, mit der Ernst Nolte sich auf intellektuellem Abstand zum Thema hält. Spannung vibriert im Unterton. Wie sollte es auch anders sein? "Daß der Nationalsozialismus auf überaus starken Emotionen beruhte", gehört zu Noltés "grundlegenden Annahmen". Und er ist auch überzeugt, "daß diese Emotionen überwiegend einen negativen und abwehrenden Charakter hatten".

Trifft das denn nicht auch auf ihn zu - den deutschen Zeitgenossen, der 10 Jahre alt war, als die Nazis zur Macht kamen, und über 20, als ihre Führer sich umbrachten oder gehenkt wurden? "Daß bestimmte Erfahrungen für diese Emotionen maßgebend und daß alle 'weltanschaulichen' Aussagen mit diesen Erfahrungen und Emotionen aufs engste verknüpft waren", muß ja ebenso für philosophierende Historiker gelten.

Tatsächlich räumt der Sohn eines katholischen Volksschullehrers aus Hattingen an der Ruhr "eine zwar unabenteuerliche, aber dennoch ungewöhnliche Lebensgeschichte" ein. Ein bißchen resigniert und ein wenig verschämt ringt sich Ernst Nolte den Satz ab: "Ich bin vom Kriege unberührt."

Auf knapp zwei von Tausenden Buchseiten - in "Streitpunkte", veröffentlicht 1993 - in seinen dickleibigen Werken läßt sich Ernst Nolte über seine persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse während der Nazizeit aus. Seine ganz offenkundig als Kränkung, wenn nicht gar als Demütigung empfundene Zurückstellung vom soldatischen Dienst begründet er im Text mit einem geheimniskrämerischen Hinweis: "Ein zufälliger Umstand physischer Art" habe ihm die Kriegsteilnahme erspart.

Im Gespräch kommt Ernst Nolte der Nachfrage zuvor. Mit fast verächtlicher Gebärde hält er dem Besucher seine linke Hand unter die Augen, an der die drei mittleren Finger verstümmelt sind. "Hier: ein Geburtsfehler. Ich war AV-Mann - arbeitsverwendungsfähig." Seinen Schimpf erhält diese Nazi-Kategorisierung aus ihrem Gegensatz zu kv - "kriegsverwendungsfähig".

Kv waren Noltés Mitschüler, "von denen viele bei Stalingrad und anderswo fielen, während ich studieren konnte. Das hat mir immer auf dem Gewissen gelegen". Ernst Noltés Stimme zittert, während er redet. Als er später auf den Tod seines jüngeren Bruders zu sprechen kommt, der 1944 als 17jähriger gefallen ist, ersticken ihm Tränen die Rede.

Plötzlich bleibt nichts mehr von der hochfahrenden Rechthaberei seiner wissenschaftlichen Diktion. Nolte klammert sich an seine im Buchttext vorformulierten kargen Selbstaussagen wie an Rettungsringe. Darin tut er so, als habe er sich in einem heldenhaften Entscheidungsprozeß zu der Erkenntnis durchgerungen, daß eine "konstitutionelle Unvereinbarkeit" zwischen den jungen Männern der Nazi-Bewegung und ihm bestehe. Hier die Jugend des "Führers", die er mit dessen Propaganda-Spruch vorstellt: "Flink wie Windhunde, zäh wie Leder

und hart wie Kruppstahl". Dort er, "eine, wie man damals sagte, künftige Intelligenzbestie". In Wahrheit aber hat sich der junge Katholik Ernst Nolte nicht einmal verstecken können vor den Herrenmenschen der HJ, denn seinem Vater war vom Vorgesetzten "nahegelegt" worden, den Sohn zu den Pimpfen zu schicken. Nolte: "Ich mußte ins Jungvolk und in die HJ, ich war aber immer nur ein sehr einfaches Mitglied." Vor allem war der körperlich behinderte Knabe wohl nie ein vollwertiges Mitglied - am wenigsten vor sich selbst.

Die ambivalente Gefühlswelt jener Jugendjahre liegt plötzlich bloß. Unter der glatten philosophischen Sprache pulsiert bis heute ein kindlicher Emotionsbiotop aus Scham und Schmach, Wut und Ohnmacht. Der damalige Triumph des Überlebens und die haßerfüllte Selbstverachtung, der Drang, es trotz allem allen zu zeigen, brechen fast ungefiltert hervor, wenn der alte Mann aus dieser Zeit erzählt.

So gerät er unvermittelt ins Schwärmen über Geländespiele, während er über das Erbe der HJ aus der Jugendbewegung belehrt. Mit bitterer Selbstironie beschreibt er sich im Jargon des Marburger Psychologen Erich Jaensch als "Gegentyp" zu den nordischen Recken der Nazis, "ein dürftiges Bürschlein mit eingesunkener Brust und Brille auf der Nase".

Im schroffen Wechsel zwischen Stolz und Selbstverhöhnung schwankt Noltes Ton, wenn er aus seiner Freiburger Studentenzeit erzählt: etwa, daß er 1944 im Seminar Martin Heideggers "der nahezu einzige männliche Student" gewesen sei. Oder wie er sich - unter Berufung auf sein Examen und auf ausgebombte Eltern - in den letzten Kriegswochen auch noch erfolgreich um die Einberufung zum Volkssturm drückte. War das pffiffig? War das feige?

Nichts spricht dafür, daß der Historiker sich ein halbes Jahrhundert später mit seiner persönlichen Vergangenheit versöhnt hat. Statt dessen umkreist er unermüdlich - in philosophischer Höhenlage zwar, aber immer an der Schmerzgrenze entlang - die Katastrophen und das Scheitern seiner jungen Jahre. Verbissen läßt er die nicht vergangene persönliche Geschichte "in wissenschaftlichem Geist" wieder aufleben - mit dem herausfordernd vorgetragenen Ziel, die Vergangenheit endlich vergehen zu lassen.

Sind Noltes zeithistorische Arbeiten also eine Art Buß-Ritual? Nolte bietet diese Erklärung an. Die "Last" der Bevorzugung, die ihn gegenüber den Gefallenen seiner Generation drückt, "war nicht dadurch abzuwerfen, daß ich mir den Haß oder den Stolz der wirklich Betroffenen zu eigen zu machen versuchte, sondern, daß ich der nächsten Ursache der Katastrophe, dem Nationalsozialismus, zwar in Abneigung, aber ohne Haß gegenübertrat".

So, sagt Ernst Nolte, sei seine "wissenschaftliche Haltung" gegenüber dem Faschismus entstanden. Von seiner Zeitzeugen-Rolle bis zum höheren Auftrag ist es dann nur noch ein Schritt. Hatte ihn nicht der Chef des Freiburger Wehrmeldeamtes 1945 vom Volkssturm freigestellt mit den Worten: "Es müssen ja auch ein paar intelligente Leute übrigbleiben"? War nicht sein geliebter Bruder, kurz vor dem Tod, mit den tröstenden Worten von der Mutter gegangen: "Hauptsache, Ernst bleibt über, von dem ist noch viel zu erwarten"?

So - "als Zivilist unter lauter Soldaten" - scheidet Ernst Nolte aus Hitlers Deutschem Reich. Ein Fremdling, ein Auserwählter. Und ebenso einzelgängerisch gestaltet sich später sein Einstieg in die Universitätslaufbahn der Bundesrepublik. Nolte: "Ich bin von Anfang an in der Zunft ein Außenseiter gewesen."

Auf Vorschlag des Historikers Theodor Schieder wird der Bad Godesberger Gymnasiallehrer 1964 an die Universität Köln berufen, damals eine akademische Sensation. Denn nicht nur ist Nolte ein reiner Zeitgeschichtler, dem der Nachweis erlassen wird, ob er sich wohl auch im 16. Jahrhundert auskennt. Er schreibt auch nicht eigens eine Habilitationsschrift, sondern er legt ein schon gedrucktes Buch vor, das von der Öffentlichkeit mit Respekt aufgenommen worden ist: "Der Faschismus in seiner Epoche".

Doch die Genugtuung, die Ernst Nolte bei der Schilderung seiner akademischen Karriere unverhüllt zur Schau stellt, birgt schmerzhaftes Enttäuschungen. Nicht, daß seine Laufbahn fortan

ungewöhnlich gewesen wäre: Nach seiner Berufung zum ordentlichen Professor in Marburg (1965) ist er von 1973 bis zu seiner Emeritierung 1991 Ordinarius für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin gewesen.

Dennoch werden Vorbehalte spürbar. Empfindet der intellektuelle Perfektionist Nolte seine mangelnde formale Hochschulqualifikation trotz allem noch als Makel? Hat er nicht verwunden, daß eine ihm von Martin Heidegger versprochene Dissertation nicht zustande kam?

Nolte, der im Februar 1945 sein Studium nach sieben Semestern mit einem Not-Examen im Freiburger Bombenkeller abschließt, findet im Schuldienst Anstellung. Die Universität bleibt ihm versperrt, "weil man zu Beginn der fünfziger Jahre nicht Professor werden wollen konnte in Deutschland, man mußte von einem Professor aufgefordert werden". Doch schon 1950 scheidet er abrupt aus der Gymnasialaufbahn aus. Denn aus Freiburg meldet sich Martin Heidegger: "Ich bin wieder da."

Bis 1952 hört Nolte den verehrten Philosophen, dem er sich schon 1944 "nähergekommen" glaubt, ohne indes bei ihm zu promovieren. Heidegger, damals schon Emeritus, nimmt keine Promotionen mehr an - "eine Enttäuschung" für Nolte bis heute, selbst wenn er sich zu überzeugen versucht, daß diese Entscheidung auf einer "allgemeinen Maxime" Heideggers beruht habe und nicht gegen seine Person gerichtet gewesen sei.

Statt des Meisters betreut Eugen Fink Noltes Dissertation "Selbstentfremdung und Dialektik im Deutschen Idealismus und bei Marx". Anschließend wird der junge Mann wieder Lehrer.

So hat sich sein Lebensmuster verfestigt: Durchhalten gegen fast unüberwindliche Widerstände, Dasein unter dem Dauerjoch der vorzeigbaren Leistung, Einzelgängertum. Ernst Nolte, der sich als "doppelter Außenseiter" erlebt, hat mittlerweile der Welt seine Bedeutung bewiesen. Sich selbst aber muß er stets aufs neue überzeugen.

So hat Ernst Nolte den Sonderweg, den ihm das Leben aufnötigte, diese Mischung aus Defekten und Begabungen, Zuverlässigkeiten und Zufällen, zur Erfolgslaufbahn ausgebaut. Er hält auf seinen Einzelgängerruf, genießt es, etwa vom Kollegen Walter Laqueur, als "einsamer Wolf" gefeiert zu werden.

Einordnungen widersetzt er sich. "Ich bin heute kein Rechtsintellektueller", hat er unlängst in einer Polemik gegen Ignatz Bubis behauptet, der ihn beschuldigt hatte, Auschwitz zu relativieren und durch den Historikerstreit das gegenwärtige Hetzklima gegen Ausländer und Juden mit vorbereitet zu haben. Ist er nicht - höhnt Nolte dagegen - auch schon einmal als "Wegbereiter" der Linksintellektuellen betrachtet worden? Tatsächlich galt sein Buch "Der Faschismus in seiner Epoche" auch und gerade bei neomarxistischen Faschismusforschern als Standardwerk.

Ernst Nolte hat sich aber schon damals gesträubt, einer Strömung oder Richtung zugerechnet zu werden. Mit den 68ern, von denen ihn manche zunächst als einen ihrer Apostel betrachteten, bricht er früh. Er weigert sich 1967, eine Protestschrift gegen die Erschießung des Berliner Studenten Benno Ohnesorg zu unterschreiben. 1973 und 1974 wird seine Vorlesung an der Freien Universität boykottiert. Zwei Semester lang liest Nolte in Berlin vor leeren Bänken. Zugleich verdirbt er es sich aber auch mit den Amerikanern, deren Fachkollegenschaft er die harschen Verrisse seines Werkes "Deutschland und der Kalte Krieg" verübelt.

Inzwischen haben Ernst Nolte feuilletonistische Hahnenkämpfe, selbstgefällige Rechthabereien und verantwortungslose Provokationen - Ignatz Bubis nennt er, ganz im Stile des Republikaner-Chefs Franz Schönhuber, einen "Wegbereiter ... der Zerstörung der geistigen Freiheit in Deutschland" - nicht nur vom Gros seiner Fachkollegen isoliert. Sogar seine jungrechten Bewunderer im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen gehen auf Distanz.

Plötzlich werden nicht mehr nur seine Thesen beachtet, sondern auch die Person gerät in den Blick, nicht ohne Grund. Zuspitzungen und Eigenwilligkeiten, die Ernst Nolte gern als wissenschaftliche Postulate zu tarnen pflegt - als "Freiwerden von der Tyrannei des kollektivistischen

schen Denkens" etwa -, verrutschen ihm immer häufiger zu verschrobeneren Obsessionen. "Er tanzt nicht ohne Koketterie am Rande des intellektuellen Abgrunds", warnt sein Historiker-Kollege Imanuel Geiss.

Einem wie Ernst Nolte fehlt es natürlich nicht an großen Posen, um solche Warnungen zu relativieren, die auch aus dem Kreis seiner Freunde kommen. "Wahrheiten willentlich auszuspähen mag moralische Gründe haben", hat er schon in der Rede gesagt, die er 1986 in Frankfurt bei den Römerberg-Gesprächen halten wollte und nicht durfte und die dann den Historikerstreit auslöste, "aber es verstößt gegen das Ethos der Wissenschaft." In dieser Haltung ist Nolte seither noch schroffer geworden, hochfahrend und höhnisch.

Daß er "wie jeder anständige Mensch" Verbrechen verabscheut wie die von Mölln oder Magdeburg - muß er das wirklich sagen? "Vor Ausbeutung durch Idioten ist niemand sicher." Aber "radikale Gedanken" zu unterdrücken, nur weil sie "volkspädagogisch gefährlich" sein könnten, das kann nun wirklich niemand von Ernst Nolte erwarten.

Fühlt er sich in Deutschland überhaupt noch zu Hause? Da kokettiert er mit seinem nach Frankreich orientierten Vorbild Heidegger, wenn er sagt: "Geistig nicht, geistig bin ich schon 1986 nach Italien ausgewandert." Das ist natürlich ironisch zu verstehen, wenigstens halb. Wahr sei aber: "Die Italiener sind immer fair zu mir gewesen."

Nicht nur sind Noltens einfühlsame Faschismustheorien in Rom inzwischen wieder regierungsfähig. Hier stieß auch - während einer Urlaubsreise - der Studienrat Nolte 1959 auf ein philosophisches Jugendwerk Benito Mussolinis, das sich mit Marx und Nietzsche befaßte. Das elektrisierte ihn, legte Brüderschaft im Geiste nahe. "Donnerwetter", habe er gedacht, sagt Ernst Nolte, der oft "Donnerwetter" denkt: "Ein Politiker, der sich mit denselben Denkern beschäftigt wie du." Weil Mussolini zuerst Marxist war und dann Faschist wurde, habe er ihn schon früher für "die interessanteste Persönlichkeit des 20. Jahrhunderts gehalten". Das sei der Ausgangspunkt gewesen für sein erstes Faschismus-Buch.

Ein knappes Dutzend Bücher und drei Dutzend Jahre später kann niemand mehr sicher sagen, wohin ihn sein Denken geführt hat. Längst ist es nicht mehr nur die Sprache, die sich bei der "Ausschau nach dem Ganzen" in scholastischer Begriffshuberei auflöst. Auch der Standort des Historikers, seine ethischen und humanen Maßstäbe, scheinen verwischt bei den zwanghaften Anstrengungen, "die Vergangenheit mehr und mehr in ihrer Komplexität erkennbar zu machen".

Die Bilder des Films "Schindlers Liste" hätten ihn schon deshalb wenig beeindruckt, sagt Ernst Nolte, weil er ja aus den Akten weiß, daß alles noch viel schlimmer war. Das leugnet er nicht. Er "versteht" es. Rechtfertigt er es auch? Verzeiht er es?

Eher hat es den Anschein, als bemühe sich der deutsche Historiker Ernst Nolte darum, die realen Greuelthaten der Nazis - ganz so wie die eigenen Erfahrungen von Schuld, Ohnmacht und Scheitern - zu entwirklichen, um sie aufgehen zu lassen in philosophischen Welt-Bürgerkriegs-Theorien.

Daß bei diesem gigantischen Ringen zwischen den Ideologien seit 1917 am Ende die westlichen Demokratien gesiegt haben, enthält der Historiker allerdings seinen Lesern vor. Auch hat sich Noltens Nationalsozialismus auf wundersame Weise aus fast allen deutschen Traditionen und konkreten Bezügen verflüchtigt. Als wäre Auschwitz nur eine symbolische Chiffre.

In Auschwitz ist der Historiker Ernst Nolte nie gewesen. Im vergangenen Dezember hatte er fest vor, dorthin zu fahren. Er wollte einen Vortrag halten. Aber dem denkenden Historiker blieb auch diesmal die Konfrontation mit der Wirklichkeit erspart: "Ich bekam eine Magenblutung." <<

Mai 1994

BRD: Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtet im Mai 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1994 (x853/...): >>Europa – "das ge-

meinsame Haus"?

... Um das "Gemeinsame Haus Europa" herum stehen viele bekannte und weniger bekannte Architekten, Baumeister, Maurer und Handlanger. Zusammen haben sie dieses Projekt der Moderne seit 1944 entworfen, konstruiert und aufgezogen. Jetzt sind die zukünftigen (360 oder 630 Mio.) Bewohner freundlich eingeladen, einzuziehen und sich wohnlich darin einzurichten. Aus allen Lautsprechern der Zusteigebahnhöfe schallen die Werbeslogans:

"Wer zu spät kommt", ... "wer jetzt nicht auf den anfahrenden Trans-Europa-Expreß aufspringt, sieht alsbald nur noch zwei rote Schlußleuchten", "nur ganz unverbesserliche Nationalisten wollen nicht zur Endstation Sehnsucht, wollen schon in Berlin 'aussteigen' "der Euro-TGV Brüssel-Wladiwostok, via Swerdlowsk rollt unaufhaltsam weiter - Richtung Phantasieland."

Der Euro-Bürger schwankt noch zwischen Furcht und Europhorie. Für die einen ist das "Gemeinsame Haus" das idyllische Euro-Dorf im Grünen, der Hort friedlichen Zusammenlebens, Ort gegenseitiger kultureller Bereicherung der verschieden-unterschiedlichsten Mietparteien im Hause und der unumkehrbare Fortschritt zur Großfamilie "aller Menschen guten Willens" in einem Großreich ohne Krieg für die nächsten 100 oder 1.000 Jahre.

Andere sehen in dem konstruktivistisch-gnostischen Friedensreich EU vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik den alles einebnenden, egalisierenden und uniformierenden Leviathan, den Prozeß der Irreversibilität, den Expreß ohne Wiederkehr in die Heimat.

Besonders verlockend erscheinen der kaum ins Gewicht fallende Preis für die Fahrkarte und die kontrafaktisch in Aussicht gestellte Wohlstandsmehrung für jeden im "Sanatorium Euro 2000" - Die Wirtschafts-Union kennt nur Chancen und Vorteile für alle, zumindest aber für die Deutschen.

Da die Zeit drängt und der Expreß schon an Geschwindigkeit zunimmt, hat sich eine volkspädagogische Euro-Lyrik und Integrations-Semantik über die Lautsprecheranlagen eingespielt, mit denen Fragen übertönt und Antworten gegeben werden, die nicht erfragt wurden.

Die Werbe-Slogans für das "Phalansterium Euro 2000" (Phalanstere, frz.: ist die Produktiv- und Konsumgenossenschaft und zugleich Lebensgemeinschaft der Frühsozialisten), von verschleiender Lyrik befreit, lauten etwa wie folgt:

1. Europa wird "christlich" sein, oder es wird nicht sein.
2. Europa wird "multikulturell/multinational" sein.
3. Europa wird "demokratisch" sein - wie demokratisch wird es sein?
4. Europa wird eine "Union der Vaterländer" sein, oder wird es die "Vereinigten Staaten" sein"?
5. Das Haus Europa wird als "sozialer Wohnungsbau" errichtet, sonst ziehen die "sozial Schwachen" nicht ein.
6. Europa wird eine "irreversible" Wirtschaftseinheit und eine "unkündbare" Währungs-gemeinschaft sein.
7. Kontinental-Europa wird integraler Bestandteil der "Neuen Weltordnung", der Weltgesellschaft "aller Erdbewohner", des Welt-Einheitsstaates mit einer Weltreligion unter einer Weltregierung des "Auserwählten Volkes" sein.

In dieser Situation offener Fragen, fehlender Antworten und widersprüchlicher Versprechungen erscheinen fast gleichzeitig neben zahlreichen anderen Titeln

Roland Baader, *Die Euro-Katastrophe - Für Europas Vielfalt - gegen Brüssels Einfalt* (A. Tykve Verlag), 71005 Böblingen 1993, 249 S.

Bruno Bandulet, *Das Maastricht Dossier - Deutschland auf dem Weg in die dritte Währungsreform* (Langen, Müller, Herbig Verlag) München 1993, 172 S.

Johannes Rothkranz, *Der Vertrag von Maastricht - Endlösung für Europa, Bd. I u. II* (A. A. Schmid Verlag), 87467 Durach 1993, 632 S.

Alle drei Autoren rücken die europäische Idee und die europäische Wirklichkeit nach dem Maastrichter Vertrag unter vielfältigen Aspekten in das Blickfeld des Lesers.

R. Baader argumentiert überwiegend demokratie-theoretisch, staatsrechtlich-politisch. Er befaßt sich mit den Strukturen, Institutionen und Entscheidungsprozessen in der Wirtschafts-Union und im Super-Staat Europa.

B. Bandulet argumentiert ökonomisch, finanz- und währungspolitisch, wenn er die Kosten-/Nutzenseite Europas in den Mittelpunkt rückt.

J. Rothkranz schließlich geht der Sache auf den Grund, er fragt nach den EUropa zugrundeliegenden Ideen, Konstruktionsplänen und Baugenehmigungsverfahren aus ideengeschichtlicher Sicht, gestützt auf eine Überfülle von geschichtlichem Material verschiedenster Art.

1. Europa wird "christlich" sein?

Die Devise "Europa - christlich", die von den ersten drei Baumeistern (K. Adenauer, A. de Gasperi, R. Schuman) in den Umlauf gebracht wurde, wird an den Meinungsbörsen der Metropolen nur noch lustlos gehandelt, dementsprechend niedrig ist ihr Kurs.

Lediglich die Pan-Europa-Bewegung (O. v. Habsburg, S. Alber, MdEP), die "Sondersynode der Bischöfe für Europa", sowie einige vom ZK der Katholiken (R. Waschbüsch) Bewegte vertrauen noch dem inneren Wert der "Schuldverschreibung: Europa - Christlich" und werben unter den praktizierenden Christen für die "Große Stadt, die erstet", für "Europa in der Einen (!) Welt" oder für den "Konziliaren Prozeß" Richtung Ökumene der Weltreligionen mit dem universalen "Weltethos" (H. Küng), das den Frieden unter den Religionen und den Frieden unter den Nationen gewährleisten soll.

Eine Weltreligion soll es werden, die den Weltfrieden garantiert. Plakative Werbung unterscheidet allerdings oft nicht, ob die Trommel für die "Stadt Gottes" oder die "City of Man", für die "Stadt Babylon" oder das "Neue Jerusalem" gerührt wird.

- Das Europa-Parlament, das kein Parlament ist (R. Dahrendorf), sondern der "teuerste Gesangsverein Europas", hat die Probe aufs christliche Exempel nicht bestanden, als es am 12.3.1990 mit 3/4 Mehrheit (!) einen Entschließungsantrag an alle Mitgliedsstaaten annahm, die Abtreibung bis zum Eintritt der Geburt für "nicht rechtswidrig" oder "nicht strafbar" zu erklären. (Rothkranz, II, S. 544)

- Der Euro-Staat in Errichtung hat bisher weder eine Verfassung mit Menschen-, Grund- und Bürgerrechten noch eine Verfassungsgebende Versammlung der besten Fachleute Europas.

Auch der Maastrichter Vertrag enthält in Art. B (Ziele der Union) keine ideellen, kulturellen oder religiösen Ziele.

- Das "Gemeinsame Haus Europa" - Haus ohne Hausordnung - ist nicht auf christlichem Fundament errichtet, ein Super-Staat ohne Verfassung ist ein monströses Konstrukt ...

2. Europa wird "multikulturell-multinational" sein

... Ob man sie kauft oder anbietet, sie ist da, die gemischte Gesellschaft. Auch der multinationalisierte Staat ist Realität. Die sogenannte doppelte Staatsbürgerschaft macht Ausländer zu Inländern. Seit 1993 leben 7 Mio. Nicht-Deutsche unter 80 Mio. Deutschen und verlangen/erhalten Gruppen-Rechte von ihren Gastgebern (Art. 20b GG, neu), die den Deutschen jegliche Integrationsanstrengungen untersagt.

- Menschen aus 60 (!) Nationen/Kulturen werden in deutschen Haftanstalten "resozialisiert", bevor sie sozialisiert werden konnten. Wer nach Dunkelziffern fragt, ist unhöflich, wer die Vermutung artikuliert, neben den 7 Mio. registrierten könnten noch weitere 7 bis 10 Mio. Ausländer "illegal" bei uns eingewandert sein, wird kurzerhand der "ausländerfeindlichen Gesinnung" verdächtigt und ausgegrenzt. "Überfremdung" war das "Unwort", das negativste, unaussprechlichste Wort des Jahres 1993.

Wo beginnt Überfremdung, bei 7 %, bei 21 %, bei?

- Den einen bedeutet "Multikultur" soviel wie Öffnung, Weite, Modernität, wie gegenseitige

Bereicherung durch Austausch von Folklore, Backrezepten, Moden und Lebensformen, wie schieblich-friedliches Zusammenleben auf den Etagen und Korridoren des "Gemeinsamen Hauses", jeder nach seiner Fassung, aber in unlimitierter Toleranz und Solidarität gegenüber den Mitmenschen (H. Geißler, D. Oberndörfer, R. Scholz/CDU, P. Glotz/SPD, J. Fischer, D. Cohn-Bendit/Grün-Alt., J. Trittin/ehem. KBW).

- Für Informierte und Wissende hingegen ist "Multikulti" der Code für Auflockerung, Vermischung, Integration der Religionen, Weltanschauungen, Lebenswelten, der Sprachen, Bewußtseinsinhalte, Wertmaßstäbe.

So erklärt z.B. der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels György Konrad am 13.10.1991 selbstgewiß:

"Der Nationalismus, aggressiv von Grund auf, ist eine Ideologie des Hasses und eine Europäische Krankheit. Der Nationalismus hindert die Menschen Europas, Europäer zu werden. Das Zusammenwachsen zu einer europäischen Nation unter einem Weltrecht, muß das Ziel der gegenwärtigen Nationen sein. Das Europa von Morgen ist nur als eine multikulturelle, multi-nationale Einheitskonstruktion (!) vorstellbar".

Dieser Appell ist an die Menschen in Deutschland und Europa gerichtet: das Zusammenwachsen muß durch Einheitskonstrukteure beschleunigt und befestigt werden. G. Konrad scheint fest überzeugt, daß seine private Nationalismus-Theorie keine Ideologie und frei ist von Haß. Gegenwärtig können die Nationen Europas ihre Ziele noch selbst bestimmen.

Walther Leisler Kiep/CDU hält mit G. Konrad jedes Europa für "illusorisch", das an der Oder-Neiße-Grenze endet, das nicht alle Kulturen und Nationen zwischen Atlantik und Ural/Pazifik einbezieht und "integriert", ob sie wollen oder nicht. Was nicht zusammenwächst, wird zusammengeschmiedet mit Hilfe des Weltrechts und des ECU.

Bedenkenträger gegen diesen Kulturimperialismus/Internationalismus halten "Multikultur" für eine Absage an die christliche Kultur, an die gemeinsame Kultur Alt-Europas (Jerusalem - Athen - Rom). Lebenswelten, Lebensziele, Lebensführung sind eben kulturabhängig, und zwischen der Kultur der Briten, Franzosen, Italiener und Deutschen bestehen gewisse qualitative Unterschiede zu der der Kosovo-Albaner, Azeris, Tschetschenen, Muslime. Die Überformung und Einebnung dieser Unterschiede führt zum Kulturverfall, nicht zu einer neuen, integriert-angereicherten Kultur.

- R. Baader ("Die Euro-Katastrophe - Für Europas Vielfalt - gegen Brüssels Einfalt"), der die lebendige Alltagssprache liebt und vor Verschleierungsdeutsch warnt, sieht in "Multikultur" ein "sozialistisches Zersetzungsinstrument, mit welchem das nihilistisch-emanzipatorische Polit-Gesinde des Westens die europäischen Kulturen je einzeln - und somit auch die "Europäische Kultur" als Gesamtheit - auflösen und politisch ,entsorgen' will". (Baader, S. 22). "Multikultur" gefährdet die Offene Gesellschaft, ist "Sprengsatz" für die politische Union Europas (Baader, S. 25).

- Nach B. Bandulet ("Das Maastricht Dossier - Deutschland auf dem Weg in die dritte Währungsreform") kommt unausweichlich mit der "Multikultur", mit dem "Haus der offenen Tür", mit der Ent-Grenzung des Staates die Multikriminalität, die Explosion der Gewalt, das faktische Zurückweichen des Rechts vor der Gewalt, die Re-Barbarisierung der Gesellschaft ins Gespräch.

- J. Rothkranz ("Der Vertrag von Maastricht - Endlösung für Europa") hält "Multikultur" für ein Instrument zur Auswechsellung des "Volkes" - die rassistisch-völkisch-nationale Uniformierung des "Volkes" Pan-Europas (Rothkranz, S. 553/55) stehe auf dem Programm der Bauherren eines konstruktivistischen Europas. Dieses Programm sei in der Charta von Paris für ein neues Europa am 21.1.1990 festgeschrieben. Dabei geht es weniger um das Zusammenwachsen als um das Zusammenschmieden der 12/16 Nationen unter einem "Europa-Recht".

- Vor dieser Illusion und Ideologie "Multikulturalismus" glaubt auch Bassam B. Tibi, Göttin-

gen die Europäer und Deutschen warnen zu müssen: Multikultur bedeute "Abschied Deutschlands von der europäischen Zivilisation" und Verlust der "kulturellen Identität" der Deutschen. (FAZ, 11.1.1994)

- In ähnlich eindeutiger Weise äußert sich auch die Tageszeitung "Israel-Nachrichten", Jerusalem (Nr. 64/93) zum Einwanderungsthema:

"Schuld an diesem Problem ist auch das Ausland, das von den Deutschen Dinge verlangt, die in anderen Staaten nicht praktiziert werden. Kein Land hält seine Grenzen schrankenlos offen", und weiter "die deutschen Politiker reagieren weltfremd, heuchlerisch und feige" und schließlich "1993 war auch ein Jahr der großen Angst. Die Unsicherheit im täglichen Leben wächst ständig. Man traut sich nachts nicht mehr aus dem Haus. Soweit hat es dieser Staat mit seiner gefühlsdusseligen (!) Nachsicht gegenüber Rowdies und Gewaltverbrechern gebracht." Wie gesagt, die von deutschen Juden in Israel herausgegebenen "Israel-Nachrichten", nicht die deutsche "Nationalzeitung" äußern sich so.

Die geschichtlichen Erfahrungen mit konstruktivistischen Vielvölker-Unionen (SU, Balkanstaaten, Libanon, Los Angeles) sind unheilverheißende Zeichen auf der Wand und warnen die Euro-Illusionisten, die Spekulation in die "Aktie EUropa multikultura" weiter anzuheizen. Mit dem Papier könnten die Spekulanten selber abstürzen.

Weltfriedensreiche für 100 oder 1.000 Jahre zu errichten, ist Aufgabe von Propheten, Religionsstiftern und Missionaren. Politiker sollten sich damit bescheiden, die Inflations-, Arbeitslosigkeits-, Kriminalitäts-, Staats- oder Abgabenquote um 2 % zu senken.

Nach Karl Popper, dem Verteidiger der "Offenen Gesellschaft" gegen ihre "Feinde", ist von allen Ideen der Wunsch, die Menschen vollkommen und glücklich zu machen, am gefährlichsten. Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produzierte stets die Hölle. Der aufgeklärt-mündige Bürger setzt sein Vertrauen auf Realpolitik, nicht auf "gefühlsmässige" Politikabstinenz oder nationalmasochistische Einebnungsbemühungen der gerade Herrschenden. Keiner auf der Welt wird reicher, wenn die Deutschen ärmer gemacht werden, damit der Chimäre Nationalismus keine Hörner wachsen.

3. Europa wird "demokratisch" sein - wie demokratisch wird es sein?

Bundeskanzler H. Kohl, der 1991 die europäische Einigung als das "Herzstück der Politik" seines Kabinetts bezeichnete, konnte sich ein geeintes Europa nur als ein "demokratisches" Europa vorstellen, in dem Demokratie und Rechtsstaat unauflöslich mit der europäischen Idee verbunden bleiben. Bei Verleihung des Bayerischen Verdienstordens bekräftigte er, daß er keinen Euro-Zentral-Staat wolle: "Dieses Europa wird 'föderal' sein oder es wird nicht sein." (24.1.1994)

Zwei Jahre lang hatte der Bundeskanzler Zeit, den Vertragstext von Maastricht zu lesen und nach "demokratisch-föderalen" Spurenelementen darin zu suchen. Was er den Bayern referierte, gehört in die Rubrik "Mythen, Sagen und Legenden aus dem Brüsseler Schatzkästlein". Der Kanzler selbst hat mit den anderen elf Regierungschefs für die Deutschen den Vertrag von Maastricht ausgehandelt.

Straßburg soll entscheiden, ob Homosexuellen-Duos rechtlich den bürgerlichrechtlichen Ehen gleichgestellt werden.

Brüssel soll entscheiden, welche Krümmung Euro-Bananen/-Gurken, welche Maße der Sitz auf Euro-Treckern und der Euro-Kondom haben müssen/dürfen. Bonner Parlamentarier wollen sich nicht länger mit "Petitessen", sondern mit wirklichen Problemen von Weltmaßstab befassen.

Die Bundestagsfraktion von CDU/CSU (Hornhues) plädiert für ein taktisches Zurückweichen von den (abschreckenden) Begriffen "Bundesstaat" und "Vereinigte Staaten". Das "Ausmaß des Souveränitätsverzichts der nationalen Parlamente", das ist die Einschränkung oder Abschaffung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen durch den Deutschen Bundestag sei

nach Maastricht erst noch fraktionsintern (!) und dann im Bundestag festzustellen.

Die Aussagen des Grundgesetzes zum Souveränitätsverzicht Art. 20 GG und speziell zur sogenannten Ewigkeitsklausel des Art. 79 (3) GG werden in der CDU/CSU-Fraktion und im Deutschen Bundestag sicherlich mitberücksichtigt, wenn es um Verschleierungs-Taktik geht, denn noch ist das Bundesverfassungsgericht nicht durch den Europäischen Gerichtshof "entrechtet".

Das BVerfG hat am 12.10.1993 nicht geprüft, ob durch den Vertrag von Maastricht die Souveränität des Staates Bundesrepublik Deutschland abgeschafft oder nur in rechtlich zulässiger Weise eingeschränkt wurde.

Der Frage, wie "demokratisch" Europa schon ist und nach Maastricht sein wird, sind alle drei Autoren, unterschiedlich argumentierend, nachgegangen.

Die Antwort kann vorweggenommen werden: Europa wird keine gewaltenteilende, machtbegrenzte, herrschaftskontrollierende Demokratie sein. Im Vertrag von Maastricht fehlen (fast) alle Verpflichtungen zur Demokratisierung der Institutionen oder Entscheidungen in Straßburg bzw. Brüssel.

- R. Baader formuliert hier wiederum erfreulich präzise: Der "Euro-Super-Staat in Errichtung" hat keine Verfassung, alle Tendenzen laufen auf die Struktur eines Bundesstaates hinaus mit "absolutistischer Machtvollkommenheit" der 12/16 Regierungschefs bei gleichzeitiger Entdemokratisierung der 12/16 Mitgliedsstaaten.

Im einzelnen:

Der Minister-Rat wird nicht gewählt, sondern von den 12/16 Mitgliedsstaaten gestellt. Bundeskanzler Kohl entsendet Herrn Kohl und Herrn Waigel in den Minister-Rat. In Bonn gehörten der Kanzler und der Finanzminister zur Exekutive, in Brüssel zur Legislative. Zu legislativen Kompetenzen ist der Minister-Rat demokratisch nicht legitimiert. Die "feierlichen Beschlüsse" entbehren zumeist der Legitimation, in der rechtsstaatlichen Demokratie haben Regierungschefs und Kabinettsmitglieder nichts zu "beschließen" (Rothkranz, S. 16), es sei denn, sie beschließen zurückzutreten.

- Die Europäische Kommission als zweites Gesetzgebungsorgan und gleichzeitig als Spitze der EU-Verwaltung (Exekutive) besteht aus derzeit 17 Kommissaren, die von den 12 EU-Regierungen "ernannt" werden (Art. 158 MV). "Ernennung" ersetzt in der Euro-Demokratie die demokratische Legitimation.

Auf gleich schwachen demokratischen Füßen steht die "Autonomie" der Europäischen Zentralbank und die "Unabhängigkeit" des Europäischen Gerichtshofes. Die Judikative des Euro-Staates (13 Richter und 6 Generalanwälte) wird von den 12/16 nationalen Regierungen "ernannt" (Art. 167 MV), nicht von Richterwahlausschüssen gewählt.

Zur "Unabhängigkeit" der Europäischen Zentralbank hat Ministerpräsident Mitterand zu verstehen gegeben, daß die EZB ausführendes Organ der Regierung sein werde, daß er und seine Regierung sich an Art. 7 des Protokolls über die EZB nicht gebunden fühlen. Frankreich hat eben ein anderes Verhältnis von Demokratie und "Autonomie".

Die 12/16 Regierungschefs erscheinen als absolutistische Herrscher mit fast schrankenloser Machtvollkommenheit ausgestattet. Aber auch dieser Eindruck täuscht. Über dem Parlament, das nichts zu sagen hat und über Minister-Rat und Euro-Kommission, die viel zu sagen, aber keine demokratische Legitimation vorzuweisen haben, "thront" als Super-Legislative der Europäische Rat der 12/16 Regierungschefs, der zweimal jährlich beschließt, was der Minister-Rat zu beraten und zu beschließen hat (Art. J. 8 MV).

Der Europäische Rat, so beschreibt es eine Informationsbroschüre 1990, "berät ohne feste Regeln", "locker", in "absoluter Vertraulichkeit" und "ohne förmliches Protokoll", er "unterrichtet" danach das Europa-Parlament über Ergebnisse der Beratung.

- Die Beratungs- und Beschlußvorlagen erhält der Europäische Rat von COREPER, dem "un-

bekanntesten Wesen" Europas, das nach R. Baader neben der Europäischen Kommission die Spitze der bürokratisch-zentralistischen Euro-Diktatur darstellt. ...

Man liest es dreimal, ein Ausschuß von 24 Botschaftern, Gesandten und Ministerialbeamten beschließt, was zu beschließen ist und führt aus, was der Rat in Auftrag gibt. Natürlich arbeitet COREPER eng mit der Kommission zusammen - schon vor Beschluß und bei Ausführung des Beschlusses - ganz demokratisch bevollmächtigt.

- Es drängt sich die Frage auf, von wem denn COREPER die Beratungs- und Beschlusssachen vorgelegt bekamen. Aber vor soviel "absoluter Vertraulichkeit" und angesichts der filigran feingeknüpften Fäden zwischen den "Brüsseler Spitzen" vor und "hinter den Kulissen" kann sich der Euro-Bürger solch impertinente Fragen nur versagen und in demokratischer Ehrerbietung sein Haupt verneigen.

Das Europa-Parlament in Straßburg/Brüssel ist als "Vertretung der Völker Europas" gedacht. Es übt Beratungs- und gewisse Kontrollbefugnisse aus und ist am Rechtssetzungsprozeß "beteiligt", heißt es in den 28 Mio. DM verschlingenden Werbeprospekten für EUropa "wie es swingt und lacht".

- Richtig ist, daß dieses "Parlament" kein Parlament ist und bei der Rechtssetzung nichts zu sagen hat. Es kann insbesondere keine Gesetze einbringen, beraten, verhindern, es kann die Regierung (Kommission/Minister-Rat) nicht abwählen (Art. 160), und es kann nicht über die Einnahmen des EU-Etats befinden.

- Richtig ist auch, daß die Sitzverteilung im "Parlament" extrem ungerecht (undemokratisch) zu Lasten der Deutschen vorgenommen wurde:

1 Abgeordneter Luxemburgs vertritt 60.000 Luxemburger

1 Abgeordneter Belgiens vertritt 410.000 Belgier

1 Abgeordneter Frankreichs vertritt 700.000 Franzosen

1 Abgeordneter Deutschlands vertritt 1.000.000 Deutsche

Ein Wahlkreis in Deutschland ist also 16mal größer als in Luxemburg, 2 1/2mal größer als in Belgien und um ca. 40 % größer als in Frankreich oder England. Um des Friedens willen gibt sich "Michel" mit dieser diskriminierenden Sitzverteilung zufrieden, hat er doch den 2. Weltkrieg vom Zaun gebrochen und verloren - und "Marianne" hat immer Recht.

Noch ist nicht gesichert, ob den Deutschen nach der Vereinigung mit Mitteldeutschland weitere 18 Sitze im Straßburger Parlament zugebilligt werden. Deutschland ist nämlich um 17 Mio. Einwohner größer geworden, während England, Frankreich und Italien bei rd. 57 Mio. stehen geblieben sind.

Frankreich läßt sich dieses Zugeständnis mit deutschen Millionenbeträgen für die Miete des Straßburger Parlamentsgebäudes "bezahlen", Demokratie hat eben ihren Preis. ...

Richtig ist weiter, daß diese "Vertretung der Völker" in zwei repräsentativen Parlamentsgebäuden tagt, aber nicht aus zwei Beschlußorganen wie etwa Oberhaus/Unterhaus oder Bundestag/Bundesrat besteht, daß sie also ein erhebliches Maß an Demokratiedefizit aufzuweisen hat. Zum Abbau dieses Defizits an Demokratie und zur Förderung der Politischen Union wurde in Maastricht die Gründung des "Ausschuß der Regionen" als "tragende Säule der Europäischen Union" beschlossen. Dieses neue Organ konstituierte sich am 8./9. März 1994 in Brüssel.

Vereinbart wurde, daß Deutschland in diesem Ausschuß 24 von 189 Sitzen erhält, also ein Stimmgewicht von 12,7 % bei einer Zahllast von rd. 30 % der Kosten für Europa bekommen soll. Die "Region Bayern" ist in diesem tragenden Organ mit einem, höchstens zwei Abgeordneten vertreten, um Interessen der Bayerischen Motoren- oder Brau-Werke zu vertreten. Der geplante Beitritt weiterer Staaten Ost-Europas verringert das Stimmgewicht und erhöht die Zahllast der deutschen "Region".

Sir R. Dahrendorf, Oxford hält den Vertrag von Maastricht nicht für einen Einigungs-, son-

dern für einen Spaltungsvertrag, gegen den sich in England und überall Widerwille erregte. Zumindest den desillusionierenden Terminus "irreversibel" möchte R. Dahrendorf aus der Euro-Semantik gestrichen sehen.

Sein Appell "Europa muß (!) demokratisch sein - oder es hat keine Zukunft" (SPIEGEL, 3.1.1994, S. 28/9) wird durch zahlreiche Wissenschaftler gestützt, z.B. durch die "European Constitutional Group" (13 Wissenschaftler aus europäischen Forschungseinrichtungen), die 10 erhebliche verfassungsrechtliche "Webfehler" am Maastrichter Vertrag, speziell an der Politischen Union entdeckt hat (FAZ, 28.8.1993).

4. Europa wird eine "Union der Vaterländer" sein - oder wird es die "Vereinigten Staaten" sein?

Von einem "Europa der Vaterländer" (Ch. de Gaulle) ist von Europolitikern aller Couleur nichts mehr zu hören, seit Maastricht entwickelt sich der Euro-Staat zu einem zentralistischen Bundesstaat ohne Einfluß des Euro-Parlaments, des "Ausschuß der Regionen" und der noch bestehenden Parlamente der Nationen. Der Ausstieg Dänemarks und Englands und die äußerst schlappe Zustimmung der Franzosen zum Maastrichter Vertrag (bei einer Wahlbeteiligung von 70,6 % votierten 51 % für Maastricht = 36 % der wahlberechtigten Franzosen) hat den Trans-Europa-Expresß nicht zum Halten, eher schon zu einer Beschleunigung der Geschwindigkeit gebracht, nicht zuletzt durch Drängen Bundeskanzler Kohls.

Bundespräsident R. v. Weizsäcker umriß beim Empfang des Diplomatischen Corps die gegenwärtige Europa-Politik mit folgenden Worten: "Das außenpolitische Ziel Deutschlands sei das vereinte Europa." Dieses Europa sei die "Einigung unseres Kontinents", nicht "saturierter Zustand", sondern "dynamischer Prozeß".

Die Deutschen haben sich auf die lange Reise, nicht auf das Ziel einzustellen, denn, so der Bundespräsident, "Europa muß 'mehr' werden als ein Europa der Vaterländer" -. Alle Völker sollen daran Anteil haben.

Unser Bundespräsident hat Sinn für Visionen. Die Vision deutscher Außenpolitik nach Maastricht ist ein Kontinental-Europa ohne Grenzen, ein grenzenloses Groß-Friedens-Reich gemäß der Euro-Hymne "Seid umschlungen Millionen ... Brüder".

Nach der Überwindung der alten Trennungslinie durch den Kontinent dürfe es keine neuen Gräben geben. Vielmehr müsse deutsche Außenpolitik Kontinental- und Globalpolitik werden und die Versorgung bzw. die Lebenschancen für "alle" Erdbewohner zum Ziel haben. (Bulletin 18.1.1994, S. 27)

"Mehr" als ein "Europa der Vaterländer" ist ein Bundesstaat Europa oder ein Welt-Staat für alle Erdbewohner, in dem sich deutsche Politik um die Versorgung und Verbesserung der Lebensqualität "aller" 6 Mrd. Erdbewohner verantwortlich fühlt.

- In der Vision unseres Bundespräsidenten ist der Euro-Zentralstaat nach Maastricht nur eine Vor- oder Zwischentappe auf der "langen Reise" zum Ziel: Eine-Welt-Staat, in dem dann durch "aktive solidarische Beteiligung" der Deutschen "Menschheitsprobleme durch die Weltgemeinschaft" bewältigt werden. Der Bundespräsident gibt damit der deutschen Außenpolitik eine ganz neue ganzheitlich-global-planetarische Zielperspektive.

Von den Kosten der Versorgung und der Verbesserung der Lebensqualität "aller" Erdbewohner sprach der Präsident nicht, aber eine deutsche Außenpolitik, die als Welternährungspolitik und Weltsozialpolitik Welt-Sozialstaatspolitisch nach Schwedens Vorbild verstanden wird, ist ohne Umverteilung von Nord nach Süd und von West nach Ost leeres Versprechen.

5. Das "Haus Europa" wird im "sozialen Wohnungsbau" errichtet, sonst ziehen die "sozial Schwachen" nicht ein

Das Ziel der europäischen Sozial-Union ist es, den "sozialen Fortschritt durch Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu fördern", die "Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu stärken" und "dem relativen Wohlstand der Mitgliedsstaaten Rechnung zu tragen". (EU-Vertrag

Protokolle, S. 237 ff.)

Weiterhin aber auch "Hebung der Lebenshaltung" in den Mitgliedsstaaten, insgesamt also die "Verbesserung und 'Angleichung' der Lebensbedingungen". (Art. 117 EG-Vertrag)

"Angleichung" wird so verstanden, daß den unterdurchschnittlich Wohlhabenden dazugegeben, was den überdurchschnittlich Wohlhabenden weggenommen wird - ganz sozial - sozialistisch.

Der EU-Vertrag schafft die Voraussetzungen eines gigantischen Umverteilungskarussells von Norden nach Süden. Zur Erreichung dieses "Sozialziels" werden in Brüssel Umverteilungsfonds in großer Anzahl als "Struktur- oder Kohäsionsfonds" errichtet.

Aus diesen Fonds erhalten die "schwächeren" Staaten, Regionen, Wirtschaftszweige jährlich Euro-Subventionen (vgl. Art. 123 EG-Vertrag) in großem Umfange (rd. 22 Mrd.) als Geschenk.

Als "schwach" wurden solche Länder definiert, die ein Pro-Kopf-Sozialprodukt von weniger als 90 % des durchschnittlichen EU-Pro-Kopf-Sozialprodukts erreichen. Wer also 10,1 % weniger Wohlstand hat als der EU-Durchschnitt, ist "arm", wer mehr als 1 % über dem Durchschnitt liegt, ist "reich".

Nach den natürlichen, historischen, ökonomischen oder politischen Ursachen dieser relativen Unterentwicklung und Ungleichheit wurde dabei nicht gefragt.

Das bedeutet aber für die wohlhabenderen Mitgliedsstaaten eine höhere "Besteuerung" ihrer Leistung. Die Bestrafung der Leistungsfähigen, so wird unterstellt, wird ihre Solidarität mit den "Schwachen" nicht schwächen.

- Die "schwachen" Länder und Regionen der EU sind zufällig auch die, die dem leistungsfeindlichen Sozialismus/Kommunismus frönen, nämlich Griechenland, Portugal, Spanien, aber auch Italien und Frankreich. ...

Im 20-Jahresdurchschnitt streikten die italienischen Arbeitnehmer 26mal so viel und die spanischen Arbeitnehmer 17mal so viel wie die deutschen Kollegen.

Wer in der EU wenig leistet und oft streikt, erhält viel Strukturbeihilfen aus Brüsseler Fonds, wer in die "Hände spuckt und das Sozialprodukt hebt", erzeugt unerwünschte Wettbewerbsverzerrungen und wird Nettozahler auf dem Umverteilungskarussell. Auf diese Weise will der Minister-Rat die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten stärken, die Angleichung der Lebensverhältnisse erreichen und die Streikfreude "vergolden".

Zu den "starken" Staaten zählen Deutschland, England, Frankreich und Italien. Diese sind Nettozahler, jene Nettoempfänger aus den Fettöpfen der EU.

Im Jahre 1992 hatte die EU rd. 137 Mrd. DM Ausgaben; bis 1999 sollen diese verhältnismäßig moderat auf 165 Mrd. DM, also um ca. 22 % (in 7 Jahren) steigen, nach zweistelligen Wachstumsraten in den vorausgegangenen Jahren.

Von den 137 Mrd. Ausgaben zahlte Deutschland alleine 36 Mrd. = 26 % (brutto).

- Nach dem Bundesbankbericht Nr. 11/93 war Deutschland 1992 mit 19,4 bis 22 Mrd. DM größter Nettozahler - Zahlmeister der EU. Großbritannien erhält auf die Euro-Fahrkarte einen Sozialrabatt von 60 % und zahlt statt 10,7 nur 4,7 Mrd. DM, Frankreich ist Nettozahler von 2,8 Mrd. und Italien von 1,0 Mrd. DM.

Deutschland zahlt also rd. 30 %, mit der Tendenz zu 38 % der EU-Ausgaben

Deutschland zahlt das 6 1/2fache von Frankreich

Deutschland zahlt (netto) 2 1/2mal mehr als Frankreich, England und Italien zusammen zahlen

Deutschland zahlt 1,5 Mrd. DM mehr, weil England 6 Mrd. DM Preisnachlaß durchsetzen konnte.

Diese Lastenverteilung soll die "Solidarität zwischen den Mitgliedern der EU stärken", die Lebensbedingungen angleichen und die Lust auf Europa verstärken.

Im gleichen Jahr erhielten

Irland rd. 4 Mrd.

Portugal 4 Mrd.

Spanien 5 Mrd.

Griechenland 7 Mrd. = insgesamt 20 Mrd. DM aus dem EU-Haushalt.

Damit sollen Verkehrswege, Rohr- und Kabelnetze in den sozialschwachen Staaten gebaut werden, um so die Produktivität und das Einkommensniveau dieser Staaten und die "Lebenshaltung" der Griechen, Südtaliener, Spanier und Portugiesen zu "heben".

Dafür werden in den nächsten 6 Jahren 800 Mrd. DM benötigt - davon 33 % von Deutschland aufzubringen.

Deutschland "exportierte" also allein in 1992 zwischen 38.000 und 44.000 Arbeitsplätze ans Mittelmeer, wenn man unterstellt, daß ein deutscher Arbeitsplatz 1/2 Mio. DM kostet.

- Schließlich drängt sich die Frage auf, warum Deutschland den vier "schwachen" Ländern die 19-22 Mrd. DM nicht direkt überweist, erst Brüssel dazwischenschaltet. Das könnte erstens die Solidarität der vier Beschenkten mit dem Schenker erhöhen, das könnte zweitens einige von den 25.000 Umverteilungsplanstellen in der Brüsseler Beamtenhierarchie einsparen, und das könnte schließlich die Empfängerländer daran gemahnen, daß auch bei der Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik (Art. K 1 EU-Vertrag) Solidarität, Zusammenarbeit und gerechte Lastenverteilung zur "Erreichung der gemeinsamen Ziele der Union" gefordert sind. Auf diesem Gebiet besteht zwar kein Demokratie-, wohl aber ein Gerechtigkeitsdefizit und großes Sozialdefizit.

Deutschland hat bis 1992 insgesamt 177 Mrd. DM in die Euro-Fonds eingezahlt und wird bis 1999 weitere 200 Mrd. einzahlen müssen, rd. 100 Mrd. DM mehr als ihm im Versailler "Vertrag" aufoktroziert wurden. B. Bandulet: "Maastricht, das ist Versailler Vertrag ohne Krieg". In den Augen prominenter französischer Politiker (Ph. Seguin, M. Rocard) ist die Europäische Union ein Instrument, um Deutschland zu fesseln.

Aber Deutschlands Solidaritäts-, Friedens- und Wiedergutmachungsabgaben fließen nicht nur in den Süden, sie fließen auch - jetzt schon - nach Osten:

8 Mrd. gingen nach China (Kanton),

70 Mrd. erhielten die GU-Staaten, noch mehr sind in Aussicht gestellt,

100 Mrd. und mehr erhielt Israel,

25 Mrd. erhielt Polen, die Hälfte davon als Geschenk,

12 Mrd. erhielten die Westalliierten des Irak-Krieges,

13 Mrd. erhalten die sogenannten östlichen Reformstaaten, die in freien Wahlen die ehemaligen Kommunisten wieder zur Herrschaft berufen.

Milliardenbeträge sind als Wiedergutmachung den jugoslawischen Nachfolgestaaten und dreistellige Millionenbeträge sind als Wiedergutmachung den palästinensischen Autonomgebieten in Aussicht gestellt worden - durch Herrn Möllemann (FDP) höchstpersönlich und ganz spontan-uneigennützig (WN 15.2.1994).

J. Möllemann weiß auch, daß aus den bundesdeutschen Kassen, die Finanzdefizite von 2.000 Mrd. DM aufzuweisen haben, keine Spenden und Völkerverständigungsgeschenke verteilt werden können, ohne den deutschen Steuerzahler noch ein wenig mehr zu schröpfen.

- Unsere Volksvertreter nehmen sich das Recht, ohne Hemmungen in entleerte Kassen zu greifen, um Demokratisierungs-, Freundschafts- und Friedensdividenden, die den Interessen benachbarter Staaten entgegenkommen, zu verteilen oder zu versprechen (Rußland, Polen, Ukraine, Südosteuropa). Der politische Wille des deutschen Volkes, 50 % der Hilfeleistung für Rußland zu übernehmen, wird dabei unterstellt, ein Belastungsgleichschritt mit den Euro-Partnern wird in vorausseilendem Gehorsam gar nicht erst angestrebt. Über notwendige Steuererhöhungen spricht man dann später.

Für Europa darf es keine "neuen Gräben", keine Grenzen geben, jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Union zu werden" (Art. 0 MV). Bei den "Beitrittsprämien", die in Aussicht stehen, ist es gar nicht verwunderlich, daß Norwegen, Schweden und Finnland, Litauen, Estland und Lettland, Polen, Ungarn, Tschechien und Ukraine, Österreich, Türkei und Malta ihre Beitrittsbereitschaft bekunden oder den Antrag schon gestellt haben, wie die Schweiz. Zwei wahrscheinlichen Nettozahlern (Österreich und Schweden) stehen mindestens zehn Nettoempfänger gegenüber, die alle gleiches Stimmgewicht, aber höchst unterschiedliche Zahllasten erhalten, zweimal zu Lasten der Deutschen.

Die Umverteilung von West nach Ost geht jetzt richtig los. Es bleibt die Hoffnung, daß mit diesen ECU-Geschenken die Freundschaft, die Demokratie und die "Partnerschaft für den Frieden" trotz der Kriege auf dem Euro-Kontinent gestärkt werden. In Bankenkreisen nennt man diese Politik "Cash gegen Hoffnung".

In der Demokratie entscheiden nicht Herr Schmidhuber oder Herr Schmidbauer, die davon leben, sondern der mündige Bürger und Steuerzahler, die dafür arbeiten und Verzicht leisten, ob der deutsche Solidaritätsbeitrag zum Euro-Staat gerecht oder ausbeuterisch ist. Ist es gerecht, wenn Irland für jeden eingezahlten ECU 6 ECU zurückerhält und Deutschland für 6 eingezahlte ECU einen zurückbekommt?

Gegen Schmidhubers (CSU) These von der "angemessenen Beteiligung Deutschlands an den Kosten der EU" sprechen folgende Zahlen.

Deutsche Zahlungen an die EU (in Mrd. DM)

...

Nettozahlungen an die EU (in Mrd. DM)

1976 (3,3)

1978 (2,3)

1981 (6,4)

1983 (6,0)

1986 (8,2)

1988 (13,0)

1991 (19,0)

Die deutsche Bruttozahlung hat sich von 1978 bis 1991 verdreifacht, von 1983 bis 1991 verdoppelt und von 1988 bis 1991 um 30 % erhöht.

Demgegenüber hat sich die deutsche Nettozahlung an die EU von 1978 (2,3 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) verachtfacht (!) von 1983 (6,0 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) mehr als verdreifacht von 1988 (13,0 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) um 50 % erhöht.

Haushaltsausgaben der EU (in Mrd. DM)

1981: 44,7

1983: 55,4 = 23 % + in 2 Jahren

1985: 62,7 = 13 % + in 2 Jahren

1987: 73,1 = 16 % + in 2 Jahren

1989: 85,6 = 17 % + in 2 Jahren

1991: 113,3 = 32 % + in 2 Jahren

1992: 128,8 = 6 % + in 2 Jahren

...

Die Haushaltsausgaben der EU haben sich von 1983 bis 1991 verdoppelt, von 1988 bis 1991 sind sie um 43 % gestiegen. Das Haushaltsvolumen der EU von 1981 bis 1994 expandierte exzessiv um 300 %, die deutsche Nettozahlung 78/91 explodierte um 800 %.

Das ist ungerecht und Ausbeutung der Deutschen, weil deutsche Politiker in Brüssel Euro-Interessen gegen deutsche Interessen durchsetzen, ganz im Gegensatz zu französischen, englischen, spanischen, griechischen Politikern.

Deutsche Euro-Politiker sollten das auch den deutschen Bürgern ehrlich eingestehen. Halbwahrheiten und Unwahrheiten desinformieren und desorientieren den Bürger.

Ernsthaft zu bezweifeln ist schließlich die Beschwichtigungsformel, die der EU geschenkten 20 Mrd. jährlich, die der GUS geschenkten und geliehenen 80 Mrd. und die den Polen erlassenen 12,5 Mrd. würden ja doch "irgendwie" als Exportaufträge an die Bundesrepublik "zurückfließen". ...

Die deutschen Verhandlungsführer (Kohl, Genscher, Kinkel, Waigel u.v.a.) sind gehalten, ihr politisch-soziales Gewissen an Art. 56 GG zu überprüfen:

"Wohl und Nutzen des deutschen Volkes" müssen nicht ganz und gar der europäischen Idee und dem Sozialsozialismus des Euro-Wohlfahrtsstaates, der Demokratisierung Kontinentaleuropas und der Weltfriedensstiftung geopfert werden.

6. Europa wird eine "irreversible" Wirtschafts-Einheit und eine "unkündbare" Währungsgemeinschaft sein

Bevor die Europäische Union von 12 auf 16 oder 24 Mitgliedsstaaten erweitert wird, soll sie über die Wirtschafts- zur Währungs- und zur Politischen Union vertieft werden.

Nach Art. B des Maastrichter Vertrages gehört die "Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die auf längere Sicht auch eine 'einheitliche' Währung nach Maßgabe dieses Vertrages umfaßt", zu den zentralen Zielen der europäischen Einigung.

An der Frage: Bleibt das Modell der sozialen Marktwirtschaft Leitbild der Wirtschafts-Union oder wird dieses Modell durch französische Vorstellungen von "Industriepolitik" ausgewechselt, entzündet sich die Diskussion zwischen den Befürwortern und den Bedenkenträgern. Bei Durchsicht des Vertrages (Titel XIII Industrie, Art. 130 bis 130p) fällt auf, daß der Terminus soziale Marktwirtschaft nicht erscheint, es wird durchgehend von den Kompetenzen des Minister-Rates und der Kommission gegenüber den Industrieunternehmen und den Industrieregionen gesprochen.

Der Euro-Staat setzt Ziele, er verpflichtet die Mitgliedsstaaten, ihre Wirtschaftspolitiken den Zielen unterzuordnen, die Kommission überprüft, ob die Ziele erreicht wurden, Regionalfonds fördern die "rückständigen Gebiete", der Staat fördert die "bessere Nutzung des industriellen Potentials".

- Alle Initiativen gehen von der EU-Kommission aus, sie macht dem Rat Vorschläge, der Rat gibt diesen Gesetzeskraft, die Kommission überwacht und fördert (mit Geld) die Durchführung. Alle Entscheidungen sind in Brüssel zentralisiert, den selbstregulierenden Kräften des Marktes wird offenbar wenig Bedeutung beigemessen. Der Euro-Staat (Kommission und Rat) initiiert, fördert und kontrolliert, aber den Staat kontrolliert niemand.

Zur Bekämpfung der unionsinternen Arbeitslosigkeit hat die Brüsseler Kommission, von der der Europäische Rechnungshof jüngst veröffentlichten ließ, sie habe "die geringstmögliche Auffassung von ihrer Aufgabe" (Wam S, 20.2.1994 H. Hotze) ein "Weißbuch" vorgelegt, aber nicht geweissagt, wer von den 12/16 wachstumslosen Mitgliedern den "Wohlstand für alle" produzieren soll, der Minister-Rat war deshalb auch ziemlich ratlos.

Zwischen dem 1.1.1994 und der angestrebten Harmonie der Vollbeschäftigung, der Zinssätze, der Inflationsraten, der Staatsquoten, der Anteile der öffentlichen Schulden am Sozialprodukt, der volkswirtschaftlichen Wachstumsraten und Fiskal- bzw. Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten liegt die "lange Reise", auf die der Bundespräsident die Deutschen beim Empfang des Diplomatischen Corps einzustimmen versuchte.

Der Wirtschaftsprofessor J. Starbatty (FAZ 15.1.1994) kritisiert,

- daß im gemeinsamen Markt alle (natürlichen, historischen, politischen) Unterschiede als Wettbewerbsverzerrungen interpretiert und egalisiert werden,
- daß durch Euro-Gesetze und -Verordnungen neue Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU oder im Welthandel entstehen, wie z.B. bei den europäischen und südamerikanischen Ba-

nenen, bei den französischen und deutschen LKW-Steuern, bei den deutschen, italienischen und französischen Stahlstandorten,

- daß kein unabhängiges Amt für europäischen Wettbewerb vorgesehen ist, daß mit jedem Schritt in Richtung Zentralismus, Staatsdirigismus, Staatsinterventionismus ein Stück soziale Marktwirtschaft und bürgerliche Freiheit abgeschafft wird.

Zu diesem Euro-Interventionismus unter dem Decknamen "Industriepolitik" schreibt R. Baader: "Mit einigem Geschick - und daran mangelt es keinem Angehörigen der politischen Klasse - läßt sich aus der Sorge-, Schutz-, Förder- und Erleichterungs-Berufung die gesamte wohlbekannte Horror-Litanei staatlicher Subventions-, Protektions- und Interventionsfindigkeit herleiten" (S. 142).

Das OFFEN-MARKT bzw. Industriepolitik-Modell hat mit liberal und sozial sehr wenig, mit sozialistisch dagegen viel zu tun, es internationalisiert den Sozialismus französischer Provenienz auf Kontinental-Europa. Europa, das ist die Überwindung der sozialmarktwirtschaftlichen Ordnung.

Die "Unwiderruflichkeit" der Währungs-Union wurde auf "deutschen Antrag" hin in den Maastrichter Vertrag aufgenommen (Fr. Mitterand). Die Währungs-Union der 11 Mitgliedsstaaten begann am 1.1.1994 mit der Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI), Sitz Frankfurt/M.

Dieses Institut soll die Voraussetzungen für die Währungs-Union schaffen und ab sofort die "Koordinierung der Geldpolitiken" der Mitgliedsstaaten verstärken, verschiedenste Konsultationen durchführen, die technische Einführung der Euro-Währung (ECU) vorbereiten und die Währungsreserven der nationalen Notenbanken schrittweise übernehmen und verwalten. Damit erhält Brüssel direkten und unkontrollierbaren Zugriff auf deutsche und andere nationale Währungsreserven.

Zwischen 1997 und 1.1.1999 wird das EWI durch die Europäische Zentralbank, wird die DM durch den ECU abgelöst, wird die autonome Bundesbank zur Filiale der EZB, nachdem sie zuvor die deutschen Währungsreserven (DM 120 Mrd., wahrscheinlich aber sehr viel mehr) auf die EZB übertragen (internationalisiert) und je 2,- DM in 1 ECU umgetauscht hat. Ob dann 1 ECU dieselbe Kaufkraft hat und behält wie vor dem Stichtag 2,- DM hatten, weiß niemand zu sagen, das wird sich herausstellen.

Am 1.1.1999 sollen dann, so wird versprochen, aus vielen auch schwachen nationalen Währungen mit Inflationsraten zwischen 3 % und 18 % (1993), wie durch ein Wunder, eine starke, europäisch-internationale Währung entstehen, die "mindestens" so stabil ist, wie die DM in den vorausgehenden 50 Jahren war. Von dieser dritten Stufe an bestimmt die EZB "autonom", welche Geldmenge, welcher Diskontsatz, welcher Wechselkurs für Europa "gut" ist. Und was gut ist für EUropa, ist auch gut für Deutschland.

- Aber nicht nur die Währungsreserven (120 bis 200 Mrd.) sondern auch die Schuldengebirge der 12/16 Mitgliedsstaaten werden internationalisiert. Die Mitgift der Deutschen 200 Mrd. Reserven und 2.000 bis 3.600 Mrd. Schulden, von der Mitgift Griechenlands, Belgiens, Italiens gar nicht zu reden.

Im "Zentralbankrat" der EZB hat Deutschland eine oder zwei Stimmen von 12, 16 oder 24-formal ganz demokratisch: one man, one vote.

B. Bandulet (S. 40): "Entweder sind die (drei) Beitrittsbedingungen (zur Währungs-Union) nicht ernst gemeint und werden großzügig ausgelegt - dann beginnt die Währungsunion spätestens 1999 als 'europäische Inflationsgemeinschaft'.

Oder aber sie werden streng interpretiert - dann können 1999 vielleicht nur 2 oder 3 Länder (und vielleicht nicht einmal Deutschland) teilnehmen. Dann aber geriete die Währungs-Union zur Farce".

- 60 deutsche Wirtschaftsprofessoren der ordo-liberalen Schule halten die Maastrichter Be-

schlüsse zur Wirtschafts- und Währungsunion in "entscheidenden 11 Punkten" für ungeeignet, das "konfliktarme Zusammenwachsen in Europa" zu erreichen.

Was im August 1993 begann - die praktische Aufgabe des Europäischen Wechselkurssystems (EWS) mit relativ festen Wechselkursen unter dem Leitkurs des ECU - könnte 6 Jahre später oder früher den Kontinent in eine schwere Geld-, Währungs-, Wirtschafts- und Sozialkrise stürzen.

Auf dem Internationalsozialismus lassen sich keine "gemeinsamen Häuser" errichten, weil bald alle durchschnittlich arm sind und nichts mehr umzuverteilen ist. Wo bleibt eigentlich die sozialdemokratische Euro-Opposition, die vor hastigen Schritten der "illusionistischen" Regierung und der Euphoriker warnt, wenn sie als Partei der kleinen Leute die "Sorge der Bürger um die Stabilität der DM für nicht unberechtigt" hält?

Die Symbole der Europäischen Union sind die Europa-Flagge und die Europa-Hymne. Beide Symbole sollen dem Euro-Bürger die Identifikation mit der europäischen Idee und dem Euro-Staat erleichtern. Der Text der Hymne "Freude, schöner Götterfunken" stammt von Friedrich von Schiller, die Melodie von "Unbekannt" vor 1799.

Die Europa-Flagge zeigt auf dunkelblauem Grund das "Sternenzelt", über dem "ein lieber Vater" wohnen muß, der ein "Unbekannter", ein "guter Geist", ein "Sternenrichter" ist. Das Euro-Sternenzelt besteht aus einem Kreis von "zufällig" 12 Sternen. Der Zufall wollte es, daß die Zahl nicht 6 beträgt (nach der Zahl der Gründerstaaten) und nicht mit jedem weiteren beitretenden Staat (auf 16 oder 25) erhöht wird. Die 12 ist "zufällig" eine für Europa symbolische Zahl, obwohl die Zahl 13 noch symbolischer wäre.

- Die goldenen 12 Sterne sind auch keine christlichen Symbole, wie etwa der Stern von Bethlehem, der den Magieren aus dem Orient den Weg zum Friedensfürsten zeigte, denn die Sterne Europas haben "zufällig" die Form des Pentagramms. Dieses ist sowohl Symbol für den Pentateuch (5 Bücher Mose) als auch für die Freimaurerei, als auch für die Sowjet-Union (Sowjet-Stern) und die USA (Stars and 13 Stripes). Es fällt auch auf, daß die Pyramide nicht zu den Europa-Symbolen ernannt wurde.

Aber, ganz "zufällig" wiederum, zielt die Spitze des Frankfurter Messeturms eine bei Nacht weithin sichtbare "Pyramide" aus Leuchtstoffröhren als Symbol der Europäischen Währungsunion. In diesem Euro-Hochhaus hat das Europäische Währungsinstitut (EWI) am 1.1.1994 seinen Sitz gefunden. Dieses Gebäude wird auch wohl ab 1.1.1999 Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB) werden, wenn es der Zufall nicht anders will.

- Von dieser Zentrale aus wird dann die umlaufende europäische Geldmenge ECU kontrolliert. Der OB der Stadt Frankfurt/M. von Schöler schlug Ende Februar 1994 vor, die neuen ECU-Noten mit den Köpfen der Mayer Amschel Rothschild Söhne zu zieren.

Wieder ein paneuropäischer Zufall, der dem Euro-Bürger die Identifikation mit dem Euro-Geld, das in drei oder vier Jahren die bewährte DM ablösen wird, erleichtern soll, denn die Rothschilds sollen sich um den Aufbau des Bankenwesens in der Welt verdient gemacht haben.

Verfasser schlägt vor, bei der multikulturellen Besetzung europäischer Banknoten Edith Stein, P. Maximilian Kolbe, Johann Sebastian Bach zu berücksichtigen und Bettina von Arnim, Annette von Droste Hülshoff und Balthasar Neumann nicht schon wieder zu verabschieden, sie haben die wirkliche europäische Kultur geprägt.

Man muß es ihnen lassen, die Europa-Architekten haben Sinn für Symbole und Zufälle, denn die Architektur ist "für das Europa des 21. Jahrhunderts" ersonnen worden, wie der Professor für politische Bildung P. Fontaine, Paris in "Zehn Lektionen" (Mai 1992) doziert:

"Die Europäische Union ist ein einmaliges Gebilde, das zwischen der Regierungszusammenarbeit und der Föderation angesiedelt ist", "die Union hat die Aufgabe, langfristig sämtliche demokratischen Länder des Kontinents(!) zusammenzufassen. Aber dieser Prozeß wird selbst-

verständlich schrittweise vonstatten gehen" und schließlich "die gegenwärtige Gemeinschaft" soll in der Architektur Europa 2000 "die Rolle des föderalistischen Motors des ganzen Kontinents spielen" (S. 36-7).

Die Architekten und Baumeister des "Gemeinsamen Hauses" sind sich darin einig, daß alle Länder des Kontinents vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik, vom Nordpol bis zum Äquator unter einem Staat, unter einer Regierung, einer Verfassung, einem Recht zusammengefaßt werden sollen.

Auch Bundespräsident R. v. Weizsäcker will die "Einigung unseres Kontinents", will aus Europa "mehr" machen als ein "Europa der Vaterländer", will allen Völkern daran Anteil geben und will mit der Europapolitik und mit Europa die Lebenschancen "aller Erdbewohner" verbessern.

Daher stellt sich die Frage, wie Europa aussehen wird, wenn sich die "europäische Idee" im 21. Jahrhundert, in 6 Jahren also, verwirklicht hat, schrittweise versteht sich.

7. Kontinental-Europa wird integraler Bestandteil der "Neuen Weltordnung", der Weltgesellschaft "aller Erdbewohner", des Welt-Einheitsstaates mit einer Welt-Religion unter einer Weltregierung des "Auserwählten Volkes" sein

Diese These vertritt natürlich kein Politiker, sie könnte den Bürger verschrecken und wird deshalb nur in volkspädagogisch bekömmlichen Häppchen vorgetragen, zuerst von den Baumeistern, dann von den Maurem und Handlangern.

In der Ansprache des Bundespräsidenten am 12. Januar 1994 wird das Ziel der "langen Reise" wie folgt angedeutet:

"Auch im vergangenen Jahr habe ich auf zahlreichen Reisen Länder in Afrika, Asien und im Pazifik, in Amerika und Europa besucht", "diese Reisen dienen nicht allein dem politischen Dialog, sondern auch den 'Signalen nach Hause'. Wir sind als Deutsche nicht nur Europäer. Wir leben gemeinsam auf unserem Planeten Erde. Unsere gegenseitige Abhängigkeit wächst von Jahr zu Jahr."

So wird aus deutscher Außenpolitik planetarische, globale oder Weltwohlfahrtsstaatspolitik als "neues Kapitel in der Geschichte der europäischen Idee" nach Maastricht. Diese These 7 vertritt J. Rothkranz (S. 514).

- Für Bundeskanzler H. Kohl ist Maastricht-Europa eine Wahlentscheidung über Krieg oder Frieden im 3. Jahrtausend christlicher Zeitrechnung.

Aus der Sicht des Kritikers an sozialistischen Ideen und gnostischen Weltfriedensreich-Utopien ist diese Art Kontinentaleuropa die vielleicht gefährlichste Idee nach der Wende.

Mit Karl Popper und Wolf Biermann wissen wir: "Wer immer den Himmel auf Erden sucht, wird in der Hölle landen. Und wer (wie H. Heine und K. Marx) das Paradies verspricht, der bereitet uns auf eine Karriere als KZ-Opfer oder als KZ-Aufseher vor. Traurig, aber wahr? Nein. Das ist nicht traurig, denn das ist die Wahrheit." (W. Biermann, in ,Israel-Nachrichten v. 31.12.1993)

Die Wahrheit über Europa?

Die Bewohner des "Haus Europa 2000" sind aufgerufen, "in Verantwortung vor Gott und den (Mit-)Menschen" von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wer die drei oben genannten Titel gelesen hat, weiß, was zur Wahl ansteht und weiß, wen er wählt, wenn er wählt. Er weiß auch v.a., was und wen er unter keinen Umständen freiwillig wählen darf.<<